

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 334

Chefredakteur Theodor Wolff in Berlin.



Sonnabend, 17. Juli 1926

Druck und Verlag von Rudolf Wolfe in Berlin.

Neue Krisenstimmung in Paris.

Der Konflikt zwischen Regierung und Finanzausschuss. — Die Kammer soll heute entscheiden.

Gaillaux' „Kampf auf Leben und Tod“.

Die Vertrauensfrage für den Regierungsvorschlag.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Paris, 17. Juli.

Die Regierung ist entschlossen, vor dem nächsten Montag mit dem Streit um die Finanzreform ein Ende zu machen. Sie läuft an, dass sie heute nachmittag ihren Entwurf vor der Kammer vertheidigen und das Parlament vor die Entscheidung stellen wird, entweder der Regierung die von dieser verlangte Handlungsfreiheit in vollem Umfang zu gewähren, oder die Verantwortung für die Verlängerung der Krise zu übernehmen. Hoffentlich wird diese Alternative mit der nötigen Klarheit gezeichnet. Die Beratung des Finanzausschusses hat diese Klarheit nicht ergeben. Um verständlich zu machen, was seitdem viele Franzosen nicht mehr verstehen, muß der Verlauf des Auskusses kurz wiedergegeben werden. Der Auskuss hatte zunächst darüber zu entscheiden, ob er über das kurze Gesetz, das die Regierung bis zum 30. November dieses Jahres in allen Finanzentscheidungen eine beinahe diktatorische Vollmacht verleiht, überhaupt beraten wolle. Die Regierung selbst hatte daran gezwungen. Einige Minister hatten Gaillaux gewarnt, so rücksichtslos vorzugehen, denn es sei bekannt, daß die Mehrheit der Kommission der Vorlage feindlich sei. Dennoch wurde mit einer geringen Mehrheit die Beratung des Artikels beschlossen, d. h. der Vorschlag der Regierung wurde nicht grundsätzlich abgelehnt. Das war ein moralischer Erfolg, aus dem die Regierung sofort die Folgerungen zog. Der Kammerpräsident wurde dazu veranlaßt, für heute (Sonnabend) eine Sitzung einzuberufen, die eigentlich erst für Dienstag vorgesehen war.

Während aber das Bureau der Kammer noch dabei war, die Telegramme an die für das Wochenende bereit abgezeigten Abgeordneten abzusenden, kam bereits eine andere Meldung aus dem Finanzausschuss: der erste und wichtigste Artikel des Gesetzes war vom Auskuss mit einer Mehrheit von einer Stimme abgelehnt worden. Diese Mitteilung erregte zunächst eine große Überraschung, bis eine genaue Erdung durch die Auskunftsmitteilung ergab, daß auch diese Meldung nicht vollkommen stimmte. Nicht der erste Artikel war abgelehnt worden, sondern eine von dem Abgeordneten Jacquier gemachter Ergänzungsvorschlag, der diesen Artikel der Kammer annehmbar machen sollte. Gaillaux hatte gegen den Vorschlag Jacquier's Widerspruch erhoben, und es wäre nun logisch gewesen, nach der Ablehnung wieder den Text der Regierung zur Beratung zu stellen. Dazu aber lehnte der Auskuss die genannte Erdung ab und sie beriet lieber über einen neuen Vorschlag des Berichterstatters des Chappedaine, die als Anhänger des Gesetzes betroffene Reformvorschläge in dem Artikel 1 aufzunehmen. Der Sinn dieses Vorschlags ist nicht duntel, wie es manchen vielleicht erscheinen mag: die Kammer sollte anzuordnen werden, die von der Regierung verlangte Generalvollmacht in eine Reihe einzelner Vollmachten zu verwandeln, über deren jede eine besondere Abstimmung erfolgen sollte. Gaillaux lehnte ab. Der Auskuss aber nahm mit 8:0 den Vorschlag des Chappedaine an und änderte einige der Einzelvorschläge ab. Der Auskuss fügte außerdem ein Verbot ein, daß die Verwendung der Goldreserve unumgänglich machen sollte. Ein Bericht in diesem Sinne sollte noch in der Nacht abgefaßt und in der Nachmittagssitzung der Kammer vorgelegt werden. Diesen Bericht wird die Regierung nicht annehmen. Gaillaux ist dazu entschlossen, jeden Gegenvorschlag abzulehnen und die Vertrauensfrage für den Regierungsvorschlag zu stellen. Er will, daß bis zum Montag der Vorschlag der Regierung angenommen wird, und er weiß zur Unterstützung dieses Verlangens, daß die Kursteilungen hin, die gestern wieder die Beratung des Auskusses begleitet haben: vor der Beratung eine neue Waage bis zu der Notierung von 100 Francs für das Pfund, nach der ersten Entscheidung des Auskusses ein starker Anstieg des Francs um zehn Punkte später eine neue Wiedervirung, die erst heute vormittag wieder zu einer festen Ausdrucksform gelangen wird. Dass der Auskuss selbst nicht genau weiß, was er will, zeigen die Zahlen der Abstimmungen. In der ersten Abstimmung haben 38 Mitglieder teilgenommen, an der zweiten 27, an der dritten nur acht. Danach ist der Auskuss nicht mehr genug, um sein Urteil der Kammer aufzuzeigen.

Über das Ergebnis der Kammerdebatte läßt sich nichts voraus sagen. Gaillaux hat sich den Abkluß mit England, an dem ähnlich auch die Gegner seines Gesetzes entdecken, und eine allerdings noch nicht ganz klare Zuflucht aus Washington, über die er selbst im Auskuss Mitteilung machte und über die heute früh eine wirtschaftliche Nachrichtenagentur berichtet. Der Geschäftsträger der französischen Botschaft in Washington, de Sartiges, und der französische Wirtschaftsverständige Lacour-Gabet haben vom Staatssekretariat eine Zustimmung erhalten, daß die französische Kriegsschul nicht in den Handel gebracht wird, wie der Artikel 7 des Washingtoner Vertrages es gestattet. Gaillaux hat aufserdem für sich die Gefahr der Stunde, die eine Lösung ohne weiteren Auskuss verlangt. Die Regierung hat gegen sich die Abneigung der Kammer gegen die Verordnungen, gegen die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens, gegen die Verwendung der Goldreserve, gegen die Auslandskredite. Der Kampf geht also um Leben und Tod der Regierung. Die Preise ist zum größten Teil pessimistisch, obwohl verschiedene, politisch voneinander getrennte Zeitungen, die richtige Ansicht aussprechen, daß es ein Wahnsinn sei, eine neue Krise herbeizuführen. In jedem Falle wird die Kammer vor dem Lande und vor der Welt die Verantwortung für ihre Entscheidung zu tragen haben.

Der „Petit Parisien“ meldet aus Nizza: Der Gouverneur der Bank von England reist morgen nach Paris. Der Direktor der Federal Reserve Bank hat seine Abreise für Montag bestimmt. Die Meldung, daß der Reichskanzlerpräsident Dr. Schacht in Antwerpen sei und mit Montagu Norman und Strong gesprochen habe, ist falsch. Hingegen war der New Yorker Bantier Sachs bei Strong.

Paris, 17. Juli, 12 Uhr mittags.

Die Mittagszeitungen haben sich bemüht, Mitglieder der Regierung und parlamentarische Führer über die Aussichten der heutigen Debatte auszufragen. Aber niemand wagt eine Prophétie. Nur über zwei Tafachen sind Freunde und Gegner der Regierung einig: Gaillaux ist in guter Form; er wird sich aber auf einen Kompromiß einlassen. Die Alternative „Vollmachten oder neue Krise“ muß vor Montag entschieden werden.

*

Die Devisenkurse hatten im Laufe des Vormittags eine beträchtliche Abwärtsbewegung zu verzeichnen. Das Pfund begann um 9 Uhr mit 205,50 Franc, der Dollar mit 42,25 Franc. Bis um 12 Uhr war das Pfund auf 198,50, der Dollar auf 40,86 Franc gefallen.

Keine Milderung des Amerikaabkommen.

Ministerialer Mellon nach Europa abgereist.

(Kurztelegramm unseres Korrespondenten)

New-York, 17. Juli.

In zunehmendem Maße macht sich eine Stimmung bemerkbar, die für Milderung der Schuldenabkommen mit den Kriegsalliierten eintreten. Besonders ist dies seit dem Londoner Abkommen vom Dienstag der Fall. Obgleich der Schatzminister Mellon nachzuwohnen versuchte, daß das Abkommen mit Amerika tatsächlich günstiger für Frankreich sei, scheint die Deftigkeit die Ausflucht nicht zu teilen. Die „New-York Times“ erläutert sogar, England habe den besseren Weg gezeigt, denn die Vereinigten Staaten einmal gehen würden. Vorläufig besteht keine Aussicht auf eine Milderung des Mellon-Berenger-Abkommen. Den Mitgliedern der französischen Botschaft, die wiederholt das Schamal aufzuführen, wurde kategorisch erklärt, daß eine Abänderung des Schuldenabkommen ausgeschlossen, und daß eine amerikanische Finanzhilfe nur möglich sei, wenn die Ratifizierung in Paris bald erfolge. Außerdem wurde angekündigt, daß Gaillaux vor dem französischen Parlament als besondere neu erlangte Zusagen alle Sicherheiten aufzuheben dürfe, die nach amerikanischer Auffassung aus dem Abkommen von selbst ergeben. In amtlichen Kreisen hofft man, daß damit die Ratifizierung ermöglicht würde, worauf man auch aus innerpolitischen Gründen großes Gewicht legt. Die Franzosen fragten ferner an, welche Hilfe die amerikanische Regierung für die Erlangung von Krediten gewähren würde. Angeblich werden zweihundert Millionen Dollar Kredite und ein Anteil von dreihundert Millionen gewünscht. Die Anleihe gilt ohne aktive Regierungshilfe als ausgeschlossen, doch dürfte die Regierung bereit sein, einen Einfluß auf die Finanzkreise auszuüben, wenn Frankreich willens ist, Sicherheiten zu gewähren. Allgemein verlautet, daß der Schatzminister Mellon, der heute nach Europa abgereist ist, die Verhandlungen darüber an Ort und Stelle führen wird.

Das deutsche Eigentum in Amerika.

Ein neuer Vorstoß Vorahs. — 125 Millionen Dollars in englischer Hand.

(Kurztelegramm unseres Korrespondenten)

New-York, 17. Juli.

Der Ausschuss des Senats zur Unterscheidung der Verwaltung des feindlichen Vermögens hat zwar seine Tätigkeit vorläufig nicht aufgenommen, weil verabsäumt wurde, die Gelder hierfür zu bewilligen, doch unternahm Vorahs als Vorsteher eines Schrifts, der weittragende Folgen für die deutschen Interessen haben kann. Er erfuhr den Kreislauf der Sutherland, alles Geheimmaterial bekanntgegeben, das zur Aufklärung über die Vereinbarung mit England dienen könne, nach der das amerikanische Obligationen in deutschem Eigentum, die England beschlagnahmte, von Amerika, als leichte in den Krieg nicht eintraten, eingefordert, sondern die englische Beschlagnahme anerkannt wurde. Die Frage ist insofern bedeutsam, als falls Amerika ordnungsgemäß die Papiere beschlagnahmt hätte, sie seineszeit seitens Amerikas den Deutschen zurückgegeben werden würden, während nunmehr keine Aussicht auf Rückgabe seitens Englands besteht. Der Wert der Papiere ist angeblich 125 Millionen Dollar. Vorah verlangt weiter Auskunft über die jetzt stattfindenden Verhandlungen mit Kanada ebenfalls über beschlagnahmte Werte.

Die Finanzlage Danzigs.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Danzig, 17. Juli.

Wie wir erfahren, finden am 19. d. M. in London Verhandlungen des Finanzkomitees des Völkerbundes über die Finanzlage Danzigs statt. Zu diesen Verhandlungen ist bereits der Oberkommissar des Völkerbundes aus Danzig abgereist. Genso hat sich je eine deutsche und polnische Delegation nach London gegeben.

Indienschan.

Von

[Nachdruck verboten]

Rudolf Olden.

Rabindranath Tagore ist wieder in Europa, und wieder wird dem indischen Dichter Verehrung und Bewunderung gezollt. In Wien und Prag, Städten, in denen er eine lebende Gemeinde hat, hält er Vorträge und empfängt seine Anhänger. Ich weiß nicht, warum er Berlin meidet, aber es geschieht vielleicht, weil er die Eröffnung des großen Ovationen fürchtet. Er ist, wie man mit Trauer hört, krank und sucht in Naumburg Heilung für sein erkranktes Herz.

Berlin hat inzwischen anderen Besuch aus dem Erdeite, aus dem er stammt, der groß wie Europa ist, aber bewußt aus weit mehr Nationen, zerplittert nach Rassen, Klassen und Sprachen, schwerer verständlich und erklärbar als die Halbinsel Afriens, die wir bewohnen. Ein Bezirk von wenigen hundert Quadratmetern, in einem schönen Garten gelegen, der aber der zoologische ist, heißt, weil seine übrigen Teile von Tieren bewohnt werden, herbergt ein paar Dutzend Gauler, Tänzerinnen, Musstanten, Handwerksleute. Keine festen Häuser oder Hütten sind ihnen bereitet. Am Tage hocken sie, wenn es regnet und sie sich nicht produzieren unter flüchtigen Strohdächern und im Stall der Elefanten, die mit ihnen leben; nachts sind sie nicht vorbildlich komfortabel, im Hohle Raum unter den Zuschauerräumen untergebracht. Wenn etwas peinlich an dieser Veranstaltung für Landsleute Tagores sein muss, so ist es der Name „Indienschan“, denn sieht sich die Ausstellung in diesem Namen siegt eine Überreibung die komisch wirken muß für jeden Unbeteiligten, der nur eine Minute Besinnung darauf verwendet, sich klar zu machen, was er von dem ferns rießigen Komplex von Staaten und Ländern weiß, der für uns „Indien“ ist. Nicht als unbeteiligt empfinden sich Indier, die in Berlin studieren, und es nimmt kein Ende mit den Protesten gegen das Unternehmen des Herrn Hagenbeck.

Die Besucher der Schau glauben ich in Schuh nehmen zu dürfen. Sie gehen schwerlich mit bösen Abichten dorthin, und auch die Gedankenlosen, unter ihnen werden nicht glauben, daß sie irgend etwas Unheilhaftes über Indien dabei erahnen werden. Wer sich für indische Kunst, Geisteswissenschaft, Dichtung interessiert, der sucht Museen auf, oder er hört Vorlesungen der deutschen Gelehrten, die ihr Leben dem Zweck gewidmet haben, irgendwelche kleinen kleinen indischen Kultur zu erforschen. Die Berliner aber, die an der Morte gegenüber dem Bahnhof Zoo das Eintrittsgeld erlegen, freuen sich, nach den gewohnten weißen Gesichtern einmal schöne, braune Frauen und Männer zu sehen. Sie lohnt das Fremde, es entzückt sie die Annäherung der Kinder, die mitgekommen sind, Trommel und Flöte sind ihnen eine angenehme Abwechslung gegen das Schrillen, und sie beklauen Seiltiere, Jongleure und Zauberkünstler nicht anders als andere Gauler, die gleich von Haut sind, auf Männer oder Schulze hören, nicht aber spanisch, französisch, englisch auf Programmen prahlen, weil nun einmal hier und überall, das kann Stolz, Renz oder Schumann nach Colombo, Kalkutta oder Bombai, so würde sich ein ähnliches Bild entwideln, aber allerdings würde niemand von einer „Deutschlandschan“ sprechen, das ist wahr, und das ist der Punkt, in dem der Protest gerechtfertigt ist. Das Falsche in dieser Beitelung, so sehr es für jeden auf der Hand liegt, der nur ein bisschen Verstand hat, muß jeder erbitten, denen vielleicht ihr europäischer Aufenthalt schon verraten hat, daß gar nicht wenige Unterständen hier zu Hause sind.

Dem „Berliner Tageblatt“ hat vor einigen Tagen ein nordamerikanischer Korrespondent berichtet, daß auf der Weltausstellung, die demnächst in Philadelphia eröffnet werden soll, auch ein „Deutsches Riesenfestaurant“ zu sehen sein wird, mit Schnadahäusern und Jägerhütten, mit Dirndln, Bütterplänen und Jodlern“, also eigentlich schon mehr ein ganzer Siedlungsbereich aus den Tälern südlich Münchens, und obwohl so Oberbayern nur ein sehr kleiner Teil eines großen Landes ist und genügt einige charakteristische Gewohnheiten und Sitten aufzuweisen, die sich schließlich bei gutem Willen als künstlich reproduzierbar betrachten lassen, so ist es doch noch die Frage, ob Bayern, die in der Quadratföld leben, dieses Siedlungsbereich mit wirklicher Begeisterung sehen werden. Es sei gar nicht davon gesprochen, daß es in jener verpflanzten Schenke kein Bier geben wird, weil das Prohibitionsgesetz dem entgegensteht und man darin schon eine Verfälschung sehen kann; sondern ein Landsmann der Jodler und Schnadahäuser, der deutsche Waren in den Vereinigten Staaten verkaufte oder Kreditverhandlungen führte, der dort Porträts malt oder für deutsche Zeitungen korrespondiert, wird das Abbild seiner heimischen Kultur vielleicht nicht gut verstehen, wird sich erinnern, daß nicht alle Amerikaner Deutschland von Grund aus kennen und fürchten, manche weniger gebildete könnten ihn für einen verleideten Melsburischen halten, was zwar gewiß keine Schande wäre, ihn aber doch in den Augen verbotener Hundertprozentiger herabsehen könnten.

Man sieht, der Gedanke der „Indienschan“ des Herrn Hagenbeck ist ausbaufähig, und sein Weiterentwicklung bietet keinen durchweg erfreulichen Aspekt. Es könnte sich ein smarter Unternehmer finden, der einen Trupp von Männern als „Amerikaföld“ verkleidet und mit ihm durch die Welt zieht, ihn als „Amerikaföld“ deklariert und, falls ein anderer Platz vorhanden ist, in der Nähe der Ghänge und Wölfe unterbringt. Es ist wahrscheinlich nicht anzunehmen, daß man über einen Protest gegen diesen Versuch ohne weiteres zur Tagesordnung übergehen würde.

Jede Nation muß sich überlegen, durch wen sie unter fremden Völkern repräsentiert sein will, und keine kann damit

entstanden sein, daß eine solche Repräsentation von durchaus Unbefugten bevorigt wird. Es gibt ja Ercheinungen vielleicht sogar in der Kapitale Deutschlands, von denen man wünschen würde, daß sie nicht so ohne weiteres als Musterbeispiele unseres Zivilisationsstandes in ferne Gegenden des Erdalls gezeigt würden. Wir haben vor kurzem gelesen, daß es in der unmittelbaren Nähe Berlins Höhle bewohnter gibt, die arbeits- und obdachlos, dazu ausgesteuert und also von der menschlichen Gesellschaft völlig verlassen, sich im einigen Wald ein Loch in die Erde gebraten haben, das ihnen als Haus und Wohnung dient. Wenn ein indischer Tier- und Vergnügungsimporteur so eine Höhle nachahmt und sie mit ganz seinem Innenhof einem neugierigen Publikum in Singapore als Auschnitt aus dem Leben des deutschen Proletariats vorstellt, so würde tatsächlich der deutsche Generalcongrat ein Wort mitreden. Aber der geschickte Lehrmeister der Ethnologie müßte sich ja damit nicht begnügen. Er nimmt vielleicht noch Jolly, den Hungerkünstler, mit und Fernando, den Zweihundertstundentäger, um die Freuden unserer Erholungszeit deutlich zu machen. Damit Deutschlands politisches Leben fix wird, mag er Knüppelkunst engagieren, der seine Gummijüte gegen verkauf und um die Spiken der Gesellschaft nicht zu vernachlässigen, kann er endlich zwei Männer, Hals und Arme mit schwarzen Bandagen umwickelt und schwere Automobilräder vor den Augen, mit geschlissenen Schlägern einander auf die Köpfe hauen lassen, daß Blut spritzt und Knorpelsplitter fliegen, wobei sein edlerer Teil verletzt wird. Wenn der Schauspieler boshaft sein will, so wird er den Staunenden, die eine Rupie gezahlt haben, sagen: Seht, so lebt der deutsche Arbeiter, so sind die Veranstaltungen öffentlichen Vergnügens in Deutschland, so bilden deutsche Junglinge der Oberfläche Geist und Seele. Man wird zugeben, kein Deutscher in Indien würde diese „Deutschlandschau“ als förderlich für unseren Weltruf ansehen.

Wahrhaftig, man muß vorsichtig mit Nationen umgehen, und um so vorsichtiger, je entfernter sie wohnen. Ich will den armen Gaulen beim Zoo, die auf ihre Art ihr mageres Vort verdielen, nicht zu nahe treten; aber menu indische Intellektuelle ihre Situation nicht gerne sehen, so ist diese Empfindlichkeit zu verstehen. Sie mögen an die Nieselauflagen denken, die die Werte ihrer Dichter in deutscher Sprache erreichen, und sich damit trösten, daß nicht jede Nation einen solchen Vertreter zu freunden Völkern entenden kann.

Die Spionageaffäre David.

Die Rolle eines guterzogenen Mädchens.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

2 Paris, 17. Juli.

Über die Spionagegeschichte des früheren Offiziers David bringen heute „Matin“ und „Journal“ nähere Angaben. Die Freunde des früheren Leutnants David ist nicht eine Profitvitrine, wie das „Journal“ zuerst erzählte, sondern ein anständiges und guterzogenes Mädchen, die Telefonistin in einem großen Hotel der Rue de Rivoli war. Sie hat vor einiger Zeit einem französischen Kameraden Davids, einem Artillerieoffizier in Verfallen, einen Brief überbracht, in dem David um Aufkunft über bestimmte militärische Fragen bat, weil er ein Werk über technische Ausbildung der Offiziere in Arbeit habe. Der Offizier in Verfallen lehnte jede Unterhaltung ab und benachrichtigte die Kriminalpolizei. Die Freunde Davids wurde verhaftet und in ihrer Wohnung fand man bei der Unterhöhung „mehrere Exemplare eines Fragebogens“, der dem Leutnant David von Agenten der deutschen Spionage übergeben war und der die Artillerie und Flugtechnik betraf. So erzählt der „Matin“, der auch behauptet, es sei der französische Polizei bekannt gewesen, daß David im Dienste der deutschen Spionage steht und deshalb nicht ausgespäht werden. Für diese Behauptung werden Beweise nicht gegeben. Im Gegenteil will ein Reporter des Blattes erfahren haben, daß diese Dame eines Verdachts nicht für fähig gehalten wird. Die Haussuchung habe keine Anhaltspunkte für die Beschuldigung ergeben. Hoffentlich wird bald eine deutsche Erklärung dieser sensationellen Geschichte ein Ende machen.

Ein Sonntag in Straßburg.

von Nachdruck verboten.

Alfred Döblin.

Vor Straßburg haben die Götter Appenweier und Kehl gesetzt. Auf Appenweier „sitzt“ mich der Berliner Zug aus. Nachdem ich lange überlegt habe, ob ich „Gepäckträger“ oder „Porteur“ schreien soll, schleppe ich mein Gepäck allein, in glühender Hitze, zu einem Zug. Ich weiß aber noch immer nicht, ob es ein Zug oder schon chemin de fer ist. Es ist ein Zug; der grüne Beamte ruft im Wagen: „Bahn!“ und wie er nur den Umstieg sieht, geht er weiter. Es ist ein unglaublicher Mensch, scheint mir; er will offenbar einen bestimmten herzigen, wonnigen Platz sehen, und unsere sind ganz gewöhnliche; so wandert er weiter, von Zug zu Zug, und sieht sie alle nicht an. Ich Kehl jedoch wußten viele kräfte. Es sind Leute da, die schreien: „Alle aussteigen!“, dann Leute, die einen Wagen treiben, dann Leute, die einen ziehen, die Kosten zu öffnen, wo man doch die Schüssel nicht findet, und wenn man sie findet, kann man nicht öffnen, und wenn man öffnet, ist gar nichts zu verzollen, nur wenn man zunächst ist man am Ende seiner Kraft und want dem Ausgang zu. Jetzt hat man einen Kreislaufstuhlen auf dem Koffer. Heftig sprechen sie rechts und links französisch; ich denke, was wird das noch werden, am Ende kann ich auch noch französisch. Aber wie ich es verfüge und einen Beamten französisch anspreche, klopft er mir auf die Schulter: „Gehen Sie mir über die Seile!“ — Ich hatte ihn aber um Feuer gebeten. So etwas passierte mir noch öfter in Frankreich und hat mich immer gekräftigt.

In Kehl gefiel es mir sonst sehr gut. Es dauerte zwanzig Minuten. Zwei französische Soldaten spazierten auf dem Bahnhof; der eine rauchte, der andere piff; das war nach meinem Geschmack. Wenn alle Soldaten anfangen zu rauchen und zu pfeifen, ich meine in jeder Situation, wäre bald Friede auf Erden; aber sie rauchen nur in Minuten, und so kommen wir nicht weiter. Eine Riesenbrücke, eine riesige Eisenbrücke liegt den Zug, in dem ich fuhr, dann über sich rollen, — und siehe da —

— Sieh da, dies war das französische Elsas, das ich verlassen hatte vor acht Jahren, nicht weit entfernt von dieser Gegend. Und ich sah, es war noch ganz dasselbe Elsas, nämlich die Felder, die Leute, die darüber gingen, die Straßen, die hohen, hohen Dörfer. So durchaus fremd klang es: das ist ein anderes Staat. Aber sehr schön wußten sie von unten dem Zug zu: Plätze sind, wenn auch französisch, Abschmitten an. Sie mir gebracht, du Abschmitten, komm an mein Herz — Verzeihung, an meinen Darm, — hier bin ich Mensch, hier darf ichs sein. Und dann steht die dritte, steile

Die Eisenbahner und der Kohlenstreit.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

3 Bochum, 16. Juli.

In Utrecht fand eine vom Internationalen Transportarbeiterverband einberufene Konferenz statt, die von den Eisenbahner- und Transportarbeiterorganisationen Deutschlands, Frankreichs, der Tschechoslowakei, Belgien, Hollands und Luxemburgs besichtigt war. Sie beschäftigte sich nochmals mit der Frage der Unterbindung der Steinkohlenzüfahrten nach England. Die Konferenz stellte fest, daß die Beförderung und Verschiffung von Steinkohlen vom Festland nach England nicht unterbunden werden könne, solange die Bergarbeiterinternationale anhörende Bergarbeiter in allen Ländern weiter in unbeschränkten Maße Kohlen fördern, und solange die englischen Eisenbahner- und Transportarbeiterverbände selbst Einfuhr und Beförderung von Steinkohlen nicht verhindern.

4 London, 16. Juli.

In allen Bergwerksbezirken hat die Newauwahl von Vertretern zur Leitung des Verbandes stattgefunden. Zum Vorsitzenden der Grefuthe wurde wieder Herbert Smith gewählt. Tom Richards ist zum Vizepräsidenten und Richardso zum Schatzmeister ernannt worden.

Die Jeder in Asila.

Neue Verhandlungen.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

5 London, 17. Juli.

Zu den heikelsten Fragen des englischen Weltreichs gehört die Behandlung der in anderen Teilen des Weltreichs, d. h. besonders in Südafrika oder Kenia anfänglichen oder dorthin auswandernden Jeder. Während die Jeder es als tödliche Bedrohung empfinden, nicht gleichberechtigt mit der weißen Rasse behandelt zu werden, hat die weiße Bevölkerung Afrikas schon so viel mit der schwarzen Rassenfrage zu tun, daß sie sich jetzt nicht noch eine braune Rassenfrage auf den Hals laden will. Die englische Reichsregierung, die beiden Gesichtspunkte eine gewisse Vereinigung nicht abgrenzen kann, verfolgte die Politik, sich möglichst wenig einzumischen und diese Streitfrage von den Bevölkerungen selbst auszäumen zu lassen. Dies ist ihr einigermaßen gelungen. Denn wie jetzt aus Johannesburg gemeldet wird, hat die indische Regierung offiziell die Regierung der südafrikanischen Union eingeladen, eine Abordnung nach Indien zu senden, um die afrikanische Frage zu besprechen, wobei es sich vor allen Dingen um die in Südafrika anfänglichen Jeder handelt. Die Unionregierung hat diese Einladung angenommen. Der Zeitpunkt des Besuches und die Zusammenfassung der Abordnung ist noch nicht bekannt. Man nimmt aber an, daß Dr. Malan, der südafrikanische Innenminister, ein Mitglied der Abordnung sein wird.

Die griechische Kabinettstrafe.

Zilimon lehnt ab.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

6 Athen, 17. Juli.

Angesichts der unversöhnlichen Haltung der verschiedenen Partei-führer scheiterte auch der Plan, die politische Lage durch ein Gesellschaftsministerium unter dem Vorsitzenden des Kabinettschefs Zilimon zu entwirren. Zilimon trat gestern hier ein und wurde durch Pangalos empfangen, dem er erklärte, er habe die Kabinettbildung nur unter der Voraussetzung einer gewissen Einigung mit den politischen Führern unternehmen können. Da sich diese als unmöglich erwies, sei er nicht der geeignete Ministerpräsident. Pangalos behielt sich seine Entscheidung vor. Über das künftige Kabinett werden vorerst nur Mutmaßungen ausgesprochen. Die Lage dürfte sich aber im Laufe des Tages klären.

* Vom 24. bis 31. August tagt in Bern unter dem Vorsitz des Erzbischofs Dr. Söderblom-Asplund der Forschungsausschuss der Stocholmer Weltkonferenz, in dessen Händen die

Flamme des Straßburger Münsters schon über der grünen, sonnigen Landschaft. Ich habe nun einmal keinen Sinn für Politik; für Ideen habe ich Sinn. Es sind, das genügt mir, Menschen die unten, die leben; und dann gibt's was vorläufige Befehl- und Herrschafts-begriffe, Mammute, die das Land verwüsten.

Wie ich mittags aus dem Zug steige und auf den Bahnhofplatz trete, ist der Platz weg. Die Franzosen haben ihn weggeräumt. Sie müssen ihn nach Paris gebracht haben oder in ein Museum; jedenfalls ist er nicht da. Ich erinnere mich deutlich dieses Platzen: Er ging mit dem Bahnhof an und hörte mit den Hotels drüben auf; dazwischen waren Antagen, Bäume, Blumen — Grünes, Gelbes, Blaues. Diese Zwischenräume haben die Franzosen weggeräumt. Jetzt ist ein Sandwüste da. Man sagt: Der Platz wird neu bebaut. Meinetwegen; man kann alles in der Welt einmal anbauen; es wird alles etwas langweilig; wenn sie nur keinen General auf den Platz setzen; lieber einen gewöhnlichen Rummel mit Schießbuden und Karussells.

Und wie mein liebes Herz das noch erwägt, erblidet meine selbständige funktionsreiche Augen ein großes Leinenplatzt, das sie quer über den Platz gezogen haben, bemerkten, aufmerksam, wie sie unter meiner Regierung geworden sind, eine Angela Wimpel und Fahnenbündel, und ich lese: Es ist eine Ausstellung und eine Kirmes in der Stadt, die Ausstellung irgendwo in der Stadt, die Kirmes mehr draußen. Ich entschuldige mich für die Kirmes. Dies ist ich teilsweise, um den Handel und die Industrie herzubringen, sondern aus Bosheit. Der Handel und die Industrie lassen mich links liegen, und ich sie. Und fünf Jahre ist in einer gemeinsamen Gießerei durch die bewimpelten, mitschallenden Straßen am Kleberplatz vorbei, wo sie mit Kleberplatten mich ermahnen, beschwören, auszuheulen, — aber ich bleibe stur, hartnäckig, hartlebig; ich steige nicht aus; ich blühe und der Handel blüht. Ich fahre mit vielen Menschen, die fast alle gewöhnlich Deutsch sprechen, einschließlich des Schaffners. Menschen auch, ein bisschen mehr als früher. Dann gibt es einen großartigen Radau und die Straßburger Kirmes ist da.

Was ist das aber für ein Radau? Wie es sich in der ganzen Welt als Rummel vorfindet. Mal ist es Lunapark, mal Jahrmarkt, mal Kirmes; immer erfreut er die kleinen Leute, und es lädt sich schon da bummeln. Versaumt es nicht, liebes Herz, das die liegt, hinzugehen und durch die Rummel zu bummeln. Es ist ein Ausflug aus der Stadt in die Provinz, in die geistige. Die Straßburger Kirmes singt mit einer Serie Drehorgelspielen, an verlängerte Züge in Konfetti und möglicht sich mit Schießbuden, Photoständen und Karussells komplett. So viel Karussells, wie ich da hab, gibt es in der ganzen Welt nicht, und die Straßburger Kirmes verdient darum, vor laufenden anderen gerühmt zu werden. Staunst du noch eben, daß sich eins dreht, so steigt schon ein anderes, so wiegt schon das dritte, so schuntet schon das vierte,

Durchführung der Stocholmer Beschlüsse und die Weiterführung des Eingangsvertrages liegt. Die Sitzung, die sich u. a. mit dem in Stockholm beschlossenen sozialen Forschungsinstitut und mit der deutschen Erklärung zur Kriegsschuldbefreiung beschäftigen wird, ist die erste der Konstituierung des Ausschusses im August vorigen Jahres. Unter den 67 Mitgliedern sind sechs Deutsche.

Opium im Diplomatengesäß.

Gefälligkeiten eines bolivianischen Sekretärs.

(Kunsttelegramm unseres Korrespondenten)

7 New-York, 17. Juli.

Die Beamten zur Überwachung des Gifftschmuggels entbeden bei der Abfahrt des bolivianischen Vizepräsidenten Saavedra aus New-York für fünfzig Pfund Opium im Gepäck seines Sekretärs Ortiz. Die Durchsuchung fand statt, obwohl das Gepäck als diplomatisches Gepäck bezeichnet war. Der Zwischenfall durfte keine Folgen haben, da Saavedra angeblich in die Durchsuchung einwilligte. Das Staatsdepartement erklärt Ortiz sei unschuldig, er habe aus Gefälligkeit ein Paket unbekannter Inhalts mitgenommen, das ein Mexikaner ihm übergeben habe.

Prügeleien im thüringischen Landtag.

Tagungsschluss mit „schlagenden Argumenten“.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

8 Weimar, 17. Juli.

Der thüringische Landtag ist heute mittag in die Sommerferien gegangen. Die baltische Abgeordnete Dinter konnte nicht umhin, dem Sitzungsabschluß, der sich vorwiegend mit den Nationalsozialisten zu beschäftigte, noch einen würdigen Abschluß zu bereiten. Nach Schluß der Sitzung überstieß er den sozialistischen Abgeordneten Dr. Kies und bearbeitete ihn mit Hänseln, so daß auch die Brille des Abgeordneten sich in Trümmer ging. Kies hatte bekanntlich in der vorgezogenen Sitzung interessante Erthüllungen über die dichterische feindliche Bedeutung des Abgeordneten Dinter im Hinblick auf seine Komödie „Der Schnüffler“ gemacht. — Einige Augenblicke nach diesem Vorfall, kamen im Landtagsgebäude der kommunistische Abgeordnete Schiffer und der frühere sozialistische Polizeibeamter Müller-Brandenburg, der Dinter, seinen liebsten Freund, im Landtag aufsuchen wollte, in einen Wortwechsel, der in eine mächtige Feuerlei zwischen diesen beiden ausartete. Der hinzugekommene kommunistische Abgeordnete Schulz holte Müller-Brandenburg einen Totschläger mit Bleitügeln aus der Tasche.

Die Ostpreußenreise des Reichsrats.

Falsche polnische Gerüchte.

Königsberg, 17. Juli. (W.T.B.)

Die Reise der Deutschen Mächtigkeiten des Reichsrats durch das ostpreußische Grenzgebiet führte von Tilsit zunächst nach dem Hauptstadt Treptow und von dort nach Gollnow, Muggenstrow, Słubia, nach Allenstein, wo die Gäste Freigabe obend einer Einladung des Ostdeutschen Heimatdienstes folgten. Auf die Begrüßung des Vorstehenden, Oberregierungsrat Matz, erwiderte Ministerialdirektor Dr. Nobis mit Ausführungen, in denen er erneut mit Entschiedenheit den in der polnischen Presse aufgetauchten Gerüchten entgegnet, die Reise des Reichsrates erfolge, um für einen eventuellen Austausch Ostpreußens gegen Teile des polnischen Anteils von Oberschlesien Studienmaterial zu sammeln. Ich kann erläutern, so bemerkte Dr. Nobis, daß auch nicht ein einziges Wort davon wahr ist. Nachdem dann Oberbürgermeister Hauke (Allenstein) die Wünste der Stadt als Zentrale des Wirtschaftsgebietes Südstreichens beprobt hatte, sprach Reichsinnenminister Dr. Külz über die Rolle der Familie als Kulturräuber und die hohe Mission der ostpreußischen Frau als Trägerin des Deutschstums. Am Sonnabend begaben sich die Herren auf die Weiterreise über Hohenstein-Ernsterode nach Marienwerder, wo die Reise heute abend ihren Abschluß findet.

Und eine Mutter pomptiger als die andere. Toska habe ich gehört und Fortrott und Tannhäuser. Es tonne niemand widerstehen.

Die Menschen waren von weit her nach Straßburg gekommen, um das Ding zu erleben. Ich sah in Straßburg auf der Kirmes ein Publikum von wunderbarer Kompliziertheit. Abgesehen von mir waren bieder Elsäßer da und Elsäserinnen mit Hauben, lustige Franzosen, bemalte Französinnen und waschech von der Natur imprägnierte und apprezierte Braune, Schwarze, Gelbe. Die trugen alle Uniformen, auch rote Käppis. Und alle schminkten isoliert oder mit vorübergehend isolierten Damen. Wer dieses Menschenvergnügen aller Couleurs gesehen hat, zweifelt nicht an einer glücklichen Zukunft.

Abends ging ich in die Stadt, sah, wie im Krieg, im Café Prologie; man hätte mich beinahe aufgeflogen, da ich immer sehr still herumhing und leicht übersehen werde. Ein kolossal Bummel war in der Stadt bis in die späte Nacht; der seichte Concours fédéral de Musique. Sie machten in kleinen Trupps, auf Wagen, mit und ohne Fahnen, einen vergnügten Lärm, singen-kumm-lärm. Auf der Kirmes passierte abends noch ein Mäzen: Jean Quartier vom 155. Artillerieregiment stürzte vom Karussell des Herrn Zapp, eine Kette riss; der Mann klagte mächer über Leibschmerzen.

Der „unzüchtige“ Zille.

M. Stuttgart, 17. Juli.

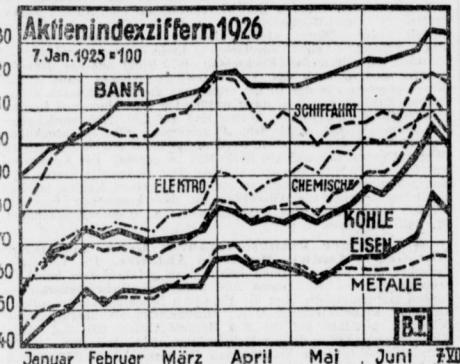
Der achtundsechzigjährige Professor Heinrich Zille hat seine erste Strafe erhalten. Vor dem großen Schöffengericht Stuttgart fand eine Verhandlung gegen Künstler, Drucker und Verleger des „Simplizissimus“ statt, die sich wegen zweier Vergehen gegen § 184 des Strafgesetzbuches zu verantworten hatten. Unter Anklage standen dabei zwei Abdrücke, die am 14. Dezember 1925 bzw. 6. Januar 1926 erschienen waren. Das erste Bild war von Professor Heinrich Zille in Berlin, das zweite von dem bekannten „Simplizissimus“-Zeichner Arnold. Die Verhandlung tagte in Abwesenheit der beiden Hauptangeklagten, denen gefasst worden war, der Verhandlung freizuhaltende Staatsanwalt Böhler stellte den Antrag, wegen Gefährdung der Offenheit die Offenheit auf die Dauer der Verhandlung auszuschließen. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Adler in München, trat diesem Antrag mit Entschiedenheit entgegen und bat, wenn schon ein beratiger Verhandlung gefasst werde, mindestens den Vertreter der Presse die Anwesenheit zu gestatten. Nach kurzer Beratung verhandelte der Verteidiger den Gerichtsbeschluß, daß die Offenheit wegen Gefährdung der Offenheit ausgeschlossen werde und daß keine Verhandlung befehlte, die Presse von dieser Maßnahme auszuschließen. Nach anhaltend vierstündiger Verhandlung wurde dann das Urteil verhandelt. Von sämtlichen

Einheits-Kurse		Werbeständige Anleihen.		b) ausländische		heut.		heut.		heut.		heut.		best.	
Deutsche Staatsanleihen.	deutsche	mit Zinsberechnung	heut.	vor.	heut.	vor.	heut.	vor.	heut.	vor.	heut.	vor.	best.	ver.	
82.00, Worb.	97,00	97,50	5% Wklt.Goldk.	79,00	79,00	5% Sächs.Prov.	28,00	30,00	Neheim,skurf.	28,12	28,12	Blauer,skurf.	62,75	63,50	
Akk. 1918-1919	97,90	97,35	Weltl. Gold.	98,00	98,00	Verba. Gold	30,72	30,25	Heckendorf,6	86,00	87,00	Senag. 114,25	114,25	114,00	
Bl. Wörthsd.	—	—	Schuld., 97.	97,00	97,00	Gold Em. 3	43,25	43,25	Heckendorf,6	103,75	103,00	Senag. 114,25	—	—	
Am. 8. 9.	97,90	97,35	—	82,50	82,50	Gold Em. 2	43,25	43,25	Heckendorf,6	111,75	113,50	Senag. 114,25	—	—	
32. 9. 1918	—	—	—	81,00	81,00	Gold Em. 1	43,25	43,25	Heckendorf,6	111,75	113,50	Senag. 114,25	—	—	
8. 11. 1918-20	97,90	97,35	8% - S. 1	97,50	97,50	Gold Em. 1	5,80	5,75	Heckendorf,6	111,75	113,50	Senag. 114,25	—	—	
10-100 9)	—	100,00	10% West.Hyp.	106,70	106,50	8% - Ihdch. G.	107,75	107,75	Lindener, 10	135,30	135,00	Neue West. Serf.	198,00	198,00	
3-3-3-3-3	83,00	84,00	10% - K. 1	106,70	106,50	8% - Schew. H.	95,00	95,00	Mus. Langen	44,50	45,00	Neue Reale, 90	130,00	130,00	
3-3-3-3-3	83,00	84,00	10% - K. 2	106,70	106,50	8% - Reicham.	95,00	95,00	Pen. Kesth.	105,00	106,00	Neue Reale, 90	130,00	130,00	
3-3-3-3-3	83,00	84,00	10% - K. 3	106,70	106,50	8% - Reicham.	95,00	95,00	Dreitzsch/T0	134,50	134,50	Neue Reale, 90	130,00	130,00	
3-3-3-3-3	83,00	84,00	10% - K. 4	106,70	106,50	8% - Reicham.	95,00	95,00	Dreitzsch/T0	135,00	135,00	Neue Reale, 90	130,00	130,00	
3-3-3-3-3	83,00	84,00	10% - K. 5	106,70	106,50	8% - Reicham.	95,00	95,00	Dreitzsch/T0	136,50	136,50	Neue Reale, 90	130,00	130,00	
3-3-3-3-3	83,00	84,00	10% - K. 6	106,70	106,50	8% - Reicham.	95,00	95,00	Dreitzsch/T0	138,00	138,00	Neue Reale, 90	130,00	130,00	
3-3-3-3-3	83,00	84,00	10% - K. 7	106,70	106,50	8% - Reicham.	95,00	95,00	Dreitzsch/T0	139,50	139,50	Neue Reale, 90	130,00	130,00	
3-3-3-3-3	83,00	84,00	10% - K. 8	106,70	106,50	8% - Reicham.	95,00	95,00	Dreitzsch/T0	141,00	141,00	Neue Reale, 90	130,00	130,00	
3-3-3-3-3	83,00	84,00	10% - K. 9	106,70	106,50	8% - Reicham.	95,00	95,00	Dreitzsch/T0	142,50	142,50	Neue Reale, 90	130,00	130,00	
3-3-3-3-3	83,00	84,00	10% - K. 10	106,70	106,50	8% - Reicham.	95,00	95,00	Dreitzsch/T0	144,00	144,00	Neue Reale, 90	130,00	130,00	
3-3-3-3-3	83,00	84,00	10% - K. 11	106,70	106,50	8% - Reicham.	95,00	95,00	Dreitzsch/T0	145,50	145,50	Neue Reale, 90	130,00	130,00	
3-3-3-3-3	83,00	84,00	10% - K. 12	106,70	106,50	8% - Reicham.	95,00	95,00	Dreitzsch/T0	147,00	147,00	Neue Reale, 90	130,00	130,00	
3-3-3-3-3	83,00	84,00	10% - K. 13	106,70	106,50	8% - Reicham.	95,00	95,00	Dreitzsch/T0	148,50	148,50	Neue Reale, 90	130,00	130,00	
3-3-3-3-3	83,00	84,00	10% - K. 14	106,70	106,50	8% - Reicham.	95,00	95,00	Dreitzsch/T0	150,00	150,00	Neue Reale, 90	130,00	130,00	
3-3-3-3-3	83,00	84,00	10% - K. 15	106,70	106,50	8% - Reicham.	95,00	95,00	Dreitzsch/T0	151,50	151,50	Neue Reale, 90	130,00	130,00	
3-3-3-3-3	83,00	84,00	10% - K. 16	106,70	106,50	8% - Reicham.	95,00	95,00	Dreitzsch/T0	153,00	153,00	Neue Reale, 90	130,00	130,00	
3-3-3-3-3	83,00	84,00	10% - K. 17	106,70	106,50	8% - Reicham.	95,00	95,00	Dreitzsch/T0	154,50	154,50	Neue Reale, 90	130,00	130,00	
3-3-3-3-3	83,00	84,00	10% - K. 18	106,70	106,50	8% - Reicham.	95,00	95,00	Dreitzsch/T0	156,00	156,00	Neue Reale, 90	130,00	130,00	
3-3-3-3-3	83,00	84,00	10% - K. 19	106,70	106,50	8% - Reicham.	95,00	95,00	Dreitzsch/T0	157,50	157,50	Neue Reale, 90	130,00	130,00	
3-3-3-3-3	83,00	84,00	10% - K. 20	106,70	106,50	8% - Reicham.	95,00	95,00	Dreitzsch/T0	159,00	159,00	Neue Reale, 90	130,00	130,00	
3-3-3-3-3	83,00	84,00	10% - K. 21	106,70	106,50	8% - Reicham.	95,00	95,00	Dreitzsch/T0	160,50	160,50	Neue Reale, 90	130,00	130,00	
3-3-3-3-3	83,00	84,00	10% - K. 22	106,70	106,50	8% - Reicham.	95,00	95,00	Dreitzsch/T0	162,00	162,00	Neue Reale, 90	130,00	130,00	
3-3-3-3-3	83,00	84,00	10% - K. 23	106,70	106,50	8% - Reicham.	95,00	95,00	Dreitzsch/T0	163,50	163,50	Neue Reale, 90	130,00	130,00	
3-3-3-3-3	83,00	84,00	10% - K. 24	106,70	106,50	8% - Reicham.	95,00	95,00	Dreitzsch/T0	165,00	165,00	Neue Reale, 90	130,00	130,00	
3-3-3-3-3	83,00	84,00	10% - K. 25	106,70	106,50	8% - Reicham.	95,00	95,00	Dreitzsch/T0	166,50	166,50	Neue Reale, 90	130,00	130,00	
3-3-3-3-3	83,00	84,00	10% - K. 26	106,70	106,50	8% - Reicham.	95,00	95,00	Dreitzsch/T0	168,00	168,00	Neue Reale, 90	130,00	130,00	
3-3-3-3-3	83,00	84,00	10% - K. 27	106,70	106,50	8% - Reicham.	95,00	95,00	Dreitzsch/T0	169,50	169,50	Neue Reale, 90	130,00	130,00	
3-3-3-3-3	83,00	84,00	10% - K. 28	106,70	106,50	8% - Reicham.	95,00	95,00	Dreitzsch/T0	171,00	171,00	Neue Reale, 90	130,00	130,00	
3-3-3-3-3	83,00	84,00	10% - K. 29	106,70	106,50	8% - Reicham.	95,00	95,00	Dreitzsch/T0	172,50	172,50	Neue Reale, 90	130,00	130,00	
3-3-3-3-3	83,00	84,00	10% - K. 30	106,70	106,50	8% - Reicham.	95,00	95,00	Dreitzsch/T0	174,00	174,00	Neue Reale, 90	130,00	130,00	
3-3-3-3-3	83,00	84,00	10% - K. 31	106,70	106,50	8% - Reicham.	95,00	95,00	Dreitzsch/T0	175,50	175,50	Neue Reale, 90	130,00	130,00	
3-3-3-3-3	83,00	84,00	10% - K. 32	106,70	106,50	8% - Reicham.	95,00	95,00	Dreitzsch/T0	177,00	177,00	Neue Reale, 90	130,00	130,00	
3-3-3-3-3	83,00	84,00	10% - K. 33	106,70	106,50	8% - Reicham.	95,00	95,00	Dreitzsch/T0	178,50	178,50	Neue Reale, 90	130,00	130,00	
3-3-3-3-3	83,00	84,00	10% - K. 34	106,70	106,50	8% - Reicham.	95,00	95,00	Dreitzsch/T0	180,00	180,00	Neue Reale, 90	130,00	130,00	
3-3-3-3-3	83,00	84,00	10% - K. 35	106,70	106,50	8% - Reicham.	95,00	95,00	Dreitzsch/T0	181,50	181,50	Neue Reale, 90	130,00	130,00	
3-3-3-3-3	83,00	84,00	10% - K. 36	106,70	106,50	8% - Reicham.	95,00	95,00	Dreitzsch/T0	183,00	183,00	Neue Reale, 90	130,00	130,00	
3-3-3-3-3	83,00	84,00	10% - K. 37	106,70	106,50	8% - Reicham.	95,00	95,00	Dreitzsch/T0	184,50	184,50	Neue Reale, 90	130,00	130,00	
3-3-3-3-3	83,00	84,00	10% - K. 38	106,70	106,50	8% - Reicham.	95,00	95,00	Dreitzsch/T0	186,00	186,00	Neue Reale, 90	130,00	130,00	
3-3-3-3-3	83,00	84,00	10% - K. 39	106,70	106,50	8% - Reicham.	95,00	95,00	Dreitzsch/T0	187,50	187,50	Neue Reale, 90	130,00	130,00	
3-3-3-3-3	83,00	84,00	10% - K. 40	106,70	106,50	8% - Reicham.	95,00	95,00	Dreitzsch/T0	189,00	189,00	Neue Reale, 90	130,00	130,00	
3-3-3-3-3	83,00	84,00	10% - K. 41	106,70	106,50	8% - Reicham.	95,00	95,00	Dreitzsch/T0	190,50	190,50	Neue Reale, 90	130,00	130,00	
3-3-3-3-3	83,00	84,00	10% - K. 42	106,70	106,50	8% - Reicham.	95,00	95,00	Dreitzsch/T0	192,00	192,00	Neue Reale, 90	130,00	130,00	
3-3-3-3-3	83,00	84,00	10% - K. 43	106,70	106,50	8% - Reicham.	95,00	95,00	Dreitzsch/T0	193,50	193,50	Neue Reale, 90	130,00	130,00	
3-3-3-3-3	83,00	84,00	10% - K. 44	106,70	106,50	8% - Reicham.	95,00	95,00	Dreitzsch/T0	195,00	195,00	Neue Reale, 90	130,00	130,00	
3-3-3-3-3	83,00	84,00	10% - K. 45	106,70	106,50	8% - Reicham.	95,00	95,00	Dreitzsch/T0	196,50	196,50	Neue Reale, 90	130,00	130,00	
3-3-3-3-3	83,00	84,00	10% - K. 46	106,70	106,50	8% - Reicham.	95,00	95,00	Dreitzsch/T0	198,00	198,00	Neue Reale, 90	130,00	130,00	
3-3-3-3-3	83,00	84,00	10% - K. 47	106,70	106,50	8% - Reicham.	95,00	95,00	Dreitzsch/T0	199,50	199,50	Neue Reale, 90	130,00	130,00	
3-3-3-3-3	83,00	84,00	10% - K. 48	106,70	106,50	8% - Reicham.	95,00	95,00	Dreitzsch/T0	201,00	201,00	Neue Reale, 90	130,00	130,00	
3-3-3-3-3	83,00	84,00	10% - K. 49	106,70	106,50	8% - Reicham.	95,00	95,00	Dreitzsch/T0	202,50	202,50	Neue Reale, 90	130,00	130,00	
3-3-3-3-3	83,00	84,00	10% - K. 50	106,70	106,50	8% - Reicham.	95,00	95,00	Dreitzsch/T0	204,00	204,00	Neue Reale, 90	130,00	130,00	
3-3-3-3-3	83,00	84,00	10% - K. 51	106,70	106,50	8% - Reicham.	95,00	95,00	Dreitzsch/T0	205,50	205,50	Neue Reale, 90	130,00	130,00	
3-3-3-3-3	83,00	84,00	10% - K. 52	106,70	106,50	8% - Reicham.	95,00	95,00	Dreitzsch/T0	207,00	207,00	Neue Reale, 90	130,00	130,00	
3-3-3-3-3	83,00	84,00	10% - K. 53	106,70	106,50	8% - Reicham.	95,00	95,00	Dreitzsch/T0	208,50	208,50	Neue Reale, 90	130,00	130,00	
3-3-3-3-3	83,00	84,00	10% - K. 54	106,70	106,50	8% - Reicham.	95,00	95,00	Dreitzsch/T0	210,00	210,00	Neue Reale, 90	130,00	130,00	
3-3-3-3-3	83,00	84,00	10% - K. 55	106,70	106,50	8% - Reicham.	95,00	95,00	Dreitzsch/T0	211,50	211,50	Neue Reale, 90	130,00	130,00	
3-3-3-3-3	83,00	84,00	10% - K. 56	106,70	106,50	8% - Reicham.	95,00	95,00	Dreitzsch/T0	213,00	213,00	Neue Reale, 90	130,00	130,00	
3-3-3-3-															

„Abgeblasene“
Börsenhausse.

Von
Dr. Adolf Roeder.

Nach der stürmischen Aufwärtsbewegung, die in den Monaten Mai und Juni an der Berliner Börse zu beobachten war, ist die Börsenhausse nunmehr recht unsicher und das Geschäft ziemlich still worden. Vereinzelt haben sich in den letzten Tagen allerdings noch neuwertige Kurssteigerungen vollzogen, doch zeigt sich, dass zurzeit fast nur für Spezialwerte Interesse vorhanden ist, ganz wie damals, als die Hausssebewegung ihren Anfang nahm. schmerzlich den unentwegten Haussespakulanten die augenscheinliche Börsenlage auch sein mag, so sehr muss man es doch von einer höheren Börsenlage aus begründen, dass die überdrückte und überheizte Höherbewertung der Börsenpapiere jetzt in ein ruhigeres Fahrwasser gelangt ist. Man wurde bei dem Treiben, das sich noch vor Wochen an der Börse entwickelte, nicht selten an die stürmischen Börsen der Industrieszeit erinnert, und wem noch nicht jede Urteilsfähigkeit handen gekommen war, der musste mit Schrecken an das denken, das eine in solchem Tempo vorwärtsgehende Bewegung zweifellos einmal haben würde. In welchem Umfang das Kursniveau aufs Ausmaß beobachtet hat, ergibt sich aus der folgenden graphischen Darstellung:



Greift man aus der Fülle der Kurserhöhungen einige heraus, so wird das Ausmass der Steigerungen noch deutlicher. Veroppelungen und Verdreifachungen sind im laufenden Jahre ebenfalls eingetreten, und zum Teil gehen die Erhöhungen noch darüber hinaus. So zogen beispielweise I. G. Farbenindustrie — eines der bekanntesten Favoritpapiere — von Anfang dieses Jahres bis Ende Juni von 104 auf 257 pCt. an, um dann freilich wieder heftigen Schwankungen bis zum 15. Juli wieder auf 166 pCt. nachzugeben. Ferner stellten sich an den erwähnten Gelsenkirchen auf 59 bzw. 148 bzw. 140 pCt., Rheinische Stahlwerke auf 44 bzw. 146 bzw. 132 pCt., Deutsche Maschinen auf 34 bzw. 100 bzw. 98 pCt. und Daimler auf 21 bzw. 80 bzw. 89 pCt. Das genannte Papier, dessen Kurs sich im laufenden Jahre als vervierfacht hat, wie am 3. Juli sogar einen Anstieg von 96 pCt. gegen 21 pCt. zu Beginn des laufenden Jahres auf.

Bemerkenswert ist, dass in erster Linie die auf Zeit gehandelten Wertpapiere Beachtung fanden und im Jahre hinaufgesetzt wurden. Als im vorigen Jahre wieder der Terminkontrakt an der Berliner Börse eingeführt wurde, nahmen die Käufe zunächst nur 26 Papiere teil. Inzwischen wurde der Kreis wesentlich erweitert, nämlich bis auf 64, und am letzten Sonntag wurden weitere vier Werte in den Handel übergezogen. Im allgemeinen darf man sagen, dass den Terminpapieren die besten und bekanntesten zählen, und diese Tatsache hat wohl auch in erster Linie dazu geführt, dass der Terminkontrakt eine ausserordentliche Popularität erlangt hat. Dass die technische Seite dieser Geschäfte — eine Barbezahlung der gekauften Effekte, Leistung verhältnismässig geringer Einschüsse und Prolongation der Engagements — gleichfalls einen starken Anreiz bot, braucht kaum besonders betont zu werden. Geraume Zeit hindurch verharrten grosse Teile des Marktes der nur mit Einheitskursen notierten Papieren fast völlig im Zustande der Stagnation, während sich die Umsätze im Terminverkehr ständig steigerten und immer grössere Kurssprünge erfolgten. Erst im Laufe des Monats Juni griff die Bewegung in erheblichem Masse auch auf den „Einheitsmarkt“ über, und auch hier kam es in manchen Fällen zu bedeutenden Kurserhöhungen. Ende Juni konnte man dann von einer Aufwärtsbewegung auf der ganzen Linie sprechen. Lange sollte dieser Zustand freilich nicht dauern, denn es spielten sich am Ultimo einige eigenartige, nicht völlig aufgeklärte Vorgänge ab, die einem „Abblasen“ der Börse gleichkamen.

Wenn auch eine Aufwärtsbewegung in dem bisherigen Tempo eines Tages zu einem schweren Rückschlag geführt hätte, so ist es doch fraglich, ob der Tendenzschwung unbedingt in der Weise eintreten musste, wie er sich tatsächlich vollzog. In den Kreisen der Spekulation war schon, bevor die Banken entscheidend in den Gang der Entwicklung eintrafen, eine starke Skepsis bezüglich der weiteren Kursgestaltung aufgetaucht. Man ging nicht mehr einseitig „nach oben“, sondern stellte häufig Positionen glatt und engagierte sich auch à la basse. Die scharfe Geldverknappung, die am Ultimo die bis dahin herrschende Überfülle von Geld abwälzte, stimmte viele bedenklich, zumal da einzelne Banken ihren Kunden eine Reparierung nur im Rahmen der letztmaligen Kündigung gewähren wollten. Trotz der falschen und verspäteten Dispositionen der Geldgeber vollzog sich dann die Ultimoregulierung in geldlicher Beziehung noch ziemlich glatt, während technischer Hinsicht erhebliche Schwierigkeiten entstanden. Infooge des grossen Umfangs der Termingeschäfte verzögerte sich die Abwicklung bei der Liquidationsschaffung, was die Kasse sehr beträchtlich, und zwar hauptsächlich durch die verpflichtete Einlieferung der Skontrobogen bei der Kasse. Die Ultimoregulierung wurde ferner angesichts der grossen Positionen auch dadurch belastet, dass noch am Prämienierklärungstag Geschäfte per Ultimo abgeschlossen werden konnten. Diese rein technischen Momente waren von so grosser Bedeutung, dass sie mit die direkte Ursache für den Tendenzzumschwung wurden. Angesichts des sehr grossen Geschäftes, das von den Banken — besonders auch infolge des vorherigen Beamtenabbaus und im Hinblick auf die Urlaubszeit — nur schwer bewältigt werden konnte, mache sich starke Nervosität und eine gewisse Kopfsigkeit bemerkbar. Die Situation spitzte sich dann noch weiter zu, als in der Ostfertigkeit energische Warnungen vor Überspekulation laut wurden. Immerhin zeigte die Börse noch eine bemerkenswerte innere Widerstandsfähigkeit, so dass immer wieder eine feste Tendenz die Oberhand gewann. Auch am

Handel und Verkehr.

* Gründungen und Auflösungen in der ersten Juli-hälfte. — Weiterer Rückgang der Auflösungen. In der ersten Julihälfte gingen gegenüber der zweiten Hälfte des Vormonats sowohl Gründungen wie Auflösungen zurück, und zwar die Auflösungen in stärkerem Masse, so dass die beiden Vorgänge sich zahlenmäßig einander weiter genähert haben. Gründungen und Auflösungen verteilen sich auf die einzelnen Unternehmensformen wie folgt:

	Gründungen	Auflösungen
Einzelfirmen	314	802
Offene Handelsges.	137	149
Gesellschaften m. b. H.	319	325
Kommanditgesellschaften	12	24
Aktiengesellschaften	6	16
Genossenschaften	75	99
Gesellschaften	2	—
—	—	—
Summe	864	894
	881	1189
	1296	2386

Während bei allen Gruppen die Bewegungen sich in der ersten Julihälfte im Rahmen der Gesamtbewegung vollzogen, fällt die Gruppe der Gesellschaften m. b. H. dadurch auf, dass hier erheblich neue Unternehmens gegründet als aufgelöst wurden, während wir in unserem letzten Bericht das starke Misverhältnis hervorgehoben hatten, das bei den Gesellschaften m. b. H. zwischen Gründungen und Auflösungen zuungunsten der ersten bestand. Die Schwankungen in dieser Gruppe überraschen immer wieder durch ihre Unvorhersehbarkeit. Der Anteil der Gesellschaften m. b. H., die mit dem gesetzlichen Mindestkapital von 5 000 RM neugegründet wurden, ist mit 181 Fällen wieder gestiegen, 233 der neu gegründeten, die sind 79 pCt. haben ein Kapital von weniger als 20 000 RM, während nur vier Firmen ein Kapital von 100 000 RM und mehr aufweisen. Die neuen Aktiengesellschaften verfügen alle über nur kleine Kapitalien. Bei den aufgelösten Aktiengesellschaften handelt es sich wieder fast restlos um Inflationsgründungen.

* Schiedsgerichtsordnungen sind nicht revisibel. — Grundsätzliche Reichsgerichtsentscheidung. Die Lübecker Melassefutterfabrik war auf Grund von zwei Schiedssprüchen des Schiedsgerichts des Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse verurteilt worden, an die Hamburger Firma B. & B. 7734 RM nebst Zinsen und Kosten zu zahlen. Diese Schiedssprüche wurden von Landgericht Hamburg für vollstreckbar erklärt. Das Oberschiedsgericht dagegen hat die Ansprüche der Hamburger Firma abgewiesen. Nunmehr fordert die Lübecker Firma von der Hamburger Firma Zurückzahlung der indes beigetragenen Beträge nebst Zinsen in Höhe von insgesamt 9311 RM. Nachdem das Landgericht den Anträgen der Hamburger Firma entsprungen ist, klagte die Lübecker Firma abweigend, dass der Oberschiedsgericht Hamburg den Anspruch der Klägerin auf Zahlung von 9267 RM für begründet. Die gegen dieses Urteil des Oberschiedsgerichts beim Reichsgericht eingeleitete Revision ist ohne Erfolg geblieben und zurückgewiesen worden. In das reichsgerichtliche Entscheidungsgericht hierzu weist es: Das Oberschiedsgericht gelangt zur Verurteilung der Beklagten, weil der rechtliche Grund, aus welchem die Klägerin geahzt hat — die Schiedssprüche der ersten Instanz — weggefallen ist. Die Angriffe der Revision scheitern zum wesentlichen Teile daran, dass die Schiedsgerichtsordnung für das Schiedsgericht des Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse keine revisible Rechtsnorm ist. Die Vorschriften der hier in Betracht kommenden Schiedsgerichtsordnungen sind zwar sogenannte „typische Rechtsdokumente“ in dem Sinne, dass sie als Vertragsnorm in viele einzelne privatrechtliche Verträge ein-

gehen, über deren Inhalt und ihre Bedeutung aber haben — von ganz verdeckten, vielleicht denkbaren Ausnahmefällen abgesehen — nur die hamburgischen Gerichte zu urteilen. Unter diesen Umständen besteht nicht die Gefahr, dass die Schiedsgerichtsordnung durch die Gerichte verschiedener Länder verschieden ausgelegt wird; die Einheitlichkeit der Rechtsprechung erfordert es deshalb nicht, dass das Reichsgericht die Vorschriften der Schiedsgerichtsordnung selbständig auslegt. Das Schiedsgerichtsverfahren ist durch die Schiedsgerichtsordnung als einheitliches Verfahren geordnet mit Vorrinstanz und Berufungsinstanz. Mit diesen Feststellungen erledigen sich die Versuche, die Einheitlichkeit des gesamten schiedsrichterlichen Verfahrens zu bestreiten. (VI/29/26 — 25. Juni 1926.)

* Kein Verkauf der White Star Linie an den Fur- ness-Konzern. Aus London meldet unser dortiger Wirtschaftskorrespondent: Die Firma Morgan, Grenfell & Comp. Ltd., die die Verhandlungen über den Verkauf der White Star Line mit dem Furness-White-Konzern geführt hat, teilt offiziell mit, dass in Anbetracht der gegenwärtigen Verhältnisse die Verhandlungen auf Grund gegenseitigen Uebervereinbaus beendet worden sind. — Der Verkauf, den man allgemein bereits als abgeschlossen hält, ist demnach nicht zustande gekommen. Die Generalversammlung der Internationale Mercantil Marine Co. hatte bereits ihrerseits die Genehmigung erteilt, den Verkauf zu einem Preise von 7½ Mill. Dollar vorzunehmen. Seit einiger Zeit kamen allerdings Nachrichten aus England, dass der Furness-Konzern sich doch nicht entschließen könnte, die White Star Line in diesem Augenblick zu kaufen. Diese Meldungen haben sich nunmehr bestätigt. Den Grund wird man darin sehen müssen, dass der Furness-Konzern, der ja vor allen Dingen ein schwerindustrieller Industriekonzern ist, unter den Wirkungen des Kohlenstreiks stark zu leiden hat, und es deshalb nicht für opportun hält, jetzt seine Mittel durch den Erwerb dieser Reederei festzulegen. Damit ist aber noch nicht gesagt, dass er nicht in einem späteren Zeitpunkt sich doch noch zum Kaufe der J. M. M. C. entschliesst. Andererseits könnte das seinerzeit abgelehnte Angebot der Royal Mail Steam Packet Co. an die J. M. M. C. wieder aktuell werden. Auch besteht seitens der Cunard Line gleichfalls Interesse für dieses Objekt.

* Englische Lokomotivaufräge für Deutschland. Infolge der durch den englischen Bergarbeiterstreik verursachten Betriebsstörungen in der englischen Industrie sind auch bei deutschen Fabriken in der letzten Zeit eine Anzahl Lokomotiven für England in Auftrag gegeben worden, die zum Teil schon zur Lieferung gekommen sind. Es schwanken noch weitere aussichtsreiche Verhandlungen auf Lieferungen von Lokomotiven und Lokomotivkesseln nach England. — Wie wir hierzu aus Kreisen der Lokomotivfabrikanten erfahren, trifft diese Meldung insfern zu, als vor Kurzem eine Ausschreibung auf Lieferung von 86 Lokomotiven nach Indien stattgefunden hat. Das Submissionsergebnis sei zwar noch nicht bekannt, jedoch bestehende Begründung auf Vergabe von Aufträgen auch an deutsche Lokomotivfabriken. Ferner wird uns mitgeteilt, dass England laufend kleinere Bestellungen auf Lokomotivkesseln nach Deutschland legt.

* Die Zurückziehung Harriman aus der Schiffahrt. Aus New-York wird durch Punktreich gemeldet: Der Weiterbetrieb des Küstenschiffahrtsdienstes der United American Lines als Arrow-Line durch Suddon Christensen und andere Reedereien wird in britischem Schiffahrtskreis als weiteres Anzeichen dafür aufgefasst, dass die Harriman-Interessen sich aus der Schiffahrt zurückziehen.

8. Juli war zu Beginn der Börse eine starke Hausssebewegung im Gange. Das Geschäft war so stürmisch, dass eine ungewöhnliche Materialknappheit entstand und vielfach Kurserhöhungen um 6—8 pCt. erzielt wurden, ja dass sich I. G. Farbenindustrie anfangs sogar um 14½ pCt. höher stellten. Im Verlaufe trat aber ein heftiger Tendenzzumschwung ein, der plötzlich bekannt wurde, dass die Reichskreditgesellschaft aus technischen Gründen beschlossen hätte, bereits für den Medio Geld zu Reportzwecken etwa nur in der Hälfte der bisher ausgeliehenen Beträge zur Verfügung zu stellen. Das Vorgehen der Reichskreditgesellschaft hat in der Öffentlichkeit schärfste Kritik gefunden, und man fragt sich in der Tat erstaunt, warum das Institut seine Mitteilungen nicht schon vor Beginn der Börse machte und so von vornherein verhinderte, dass die Anfangskurse sich auf einem exaltierten hohen Niveau bewegen. An sich wäre es begreiflich, dass die Reichskreditgesellschaft die Reportierungen einschränken will, schon aus dem Grunde, weil das Reich, um das Arbeitsprogramm zur Verringerung der Erwerbslosigkeit durchzuführen zu können, genötigt ist, in der nächsten Zeit seine Kassenbestände bei den öffentlichen Instituten zu vermindern. Wenn aber von der Reichskreditgesellschaft nur technische Gründe für ihre Reportierungspolitik angegeben wurden — die wohl gleichbedeutend sind mit der Möglichkeit, das grosse Geschäft zu bewältigen —, so hätte es wahrscheinlich auch noch den Ausweg gegeben, durch Einstellung von Beamten der Reichskreditgesellschaft ihre Reportierung eingeschränkt zu haben, obwohl die Reichskreditgesellschaft ihre Reportierung eingeschränkt hatte, und obwohl die Engagements sehr bedeutend waren. In Zukunft sollen sämtliche Stichläge um einen Tag hinausgeschoben und nur die Prämienierklärungstage unverändert gelassen werden.

Die Besorgnug, die durch die Ankündigung der Reichskreditgesellschaft — man sprach an der Börse sogar davon, dass die von ihr gegebenen Reportzettel nicht über den Medio hinaus verlängert werden sollten — hervorgerufen wurde, liess erst nach, als von anderen privaten Grossbanken versichert wurde, dass sie unverkürzt präsentieren werden, und evtl. auch beengten Kunden der Reichskreditgesellschaft Reportzettel gewähren würden. Sie wurde auch dadurch gedämpft, dass die in der letzten Zeit innerhalb des Kreises der Berliner Grossbanken hervorgebrachten Gegenstüze neuerdings anscheinend einen gewissen Ausgleich gefunden haben und nicht mehr in sich bekämpfenden Haussse- und Baisseströmungen zum Ausdruck kommen. Ebenso wurde die Stimmung durch einen kürzlich gefassten Beschluss des Börsenvorstands etwas gebessert, wonach im Interesse der leichteren Überwindung des Medio der Prämienierklärungstag per Medio Juli vom 15. auf den 14. verlegt wurde. Es durfte an diesem Tage zum letztenmal eine amtliche Notierung der Termingeschäfte per Medio Juli erfolgen. Man wollte durch die Zurückverlegung des Prämienierklärungstages verhindern, dass, wie am vergangenen Ultimo, eine Geschäftsschwund eingetreten ist. Tatsächlich ist der Medio auch glatt abgewickelt worden, obwohl die Reichskreditgesellschaft ihre Reportierung eingeschränkt hatte, und obwohl die Engagements sehr bedeutend waren. In Zukunft sollen sämtliche Stichläge um einen Tag hinausgeschoben und nur die Prämienierklärungstage unverändert gelassen werden.

Die Entwicklung der Börse, deren Aufstieg in starkem Massse durch die grosse Geldflüssigkeit bedingt wird, dürfte auch weiterhin von der Gestaltung der Geldmarktverhältnisse ausschlaggebend beeinflusst werden. Von grosser Bedeutung wird dabei sein, ob die Grossbanken — bei möglicherweise erneuter Verhinderung der Reportzettel — den Bedarf an Börsengeld befriedigen können. Inwiefern dies geschehen wird, lässt sich heute um so weniger sagen, als die allmähliche Besserung der Lage der Geschäftswirtschaft und die damit wachsende Inanspruchnahme des heimischen Geldmarkts eine Verknappung der Mittel mit sich bringen muss. Jedenfalls dürfte ein vorstillesches Disponieren der Banken notwendig sein, besonders auch aus dem Grunde, weil nicht bloss finanzielle, sondern vor allem auch wirtschaftliche Faktoren für die Börsenbewegung eine gewichtige Rolle spielen. Vielfach glaubt man, dass die Kurstestaltung der Börse der Entwicklung der Gesamtwirtschaft weit vorausgeht und ist sich in der Hauptrichtung auf Ueberhöhung und auf Baisse eingestellt. Mit anderen Worten: es handele sich um eine ausgesprochene spekulative Bewegung. Man wird sich einer solchen Auffassung nicht vorbehaltlos anschliessen können. Zweifellos

stützte sich die Höherbewertung der Kurse zu einem erheblichen Teil auch auf reale Vorgänge in der Wirtschaft, die bei der Spekulation einen starken Optimismus auslösten. Die Besserung der Lage des deutschen Kohlenbergbaus, die im Zusammenhang mit dem englischen Bergarbeiterstreik zu verzeichnen war, die günstigere Entwicklung in manchen Gewerben, das Zustandekommen grosser industrieller Transaktionen, wie die Bildung des westlichen Montantrusters sowie die ungewöhnlich starke Überzeichnung der 60-Mill.-Dollaranleihe der Vereinigten Stahlwerke Akt.-Ges., die Transaktionen Demag-Vereinigte Stahlwerke, der Zusammenschluss der I. G. Farbenindustrie mit der Sprengstoffgruppe, die Transaktionen bei der Hapag und dem Norddeutschen Lloyd und die Zusammenschlussbewegung in der Schifffahrt sowie die rationelleren Wirtschaftsformen, der Abschluss des Russen-credits und manche andere wirtschaftliche und finanzielle Vorgänge, die auf eine wachsende Konsolidierung hinweisen, geben der Börse immer wieder einen neuen Impuls. Man kann also schwerlich sagen, dass die Höherbewertung der Kurse völlig unanisiert ist, zumal da überdies eine beträchtliche Anzahl von Gesellschaften bereits wieder dazu übergegangen ist, angemessene Dividenden auszuschütten.

Anders freilich ist die Frage zu beurteilen, ob das Tempo der Aufwärtsbewegung nicht zu schnell war. In dieser Beziehung können, wie schon oben gesagt, schwere Bedenken nicht unterdrückt werden. Dabei ist zu betonen, dass die Hausssebewegung in erheblichem Massen durch ausländische Käufer aus den verschiedenen Ländern geschürt wurde. Wie lange das Interesse des Auslandes für deutsche Werte anhalten wird, lässt sich nicht voraussagen. Es wird wesentlich von der Entwicklung der Währung europäischer Inflationsländer abhängen, und man kann jedenfalls kapitalistischen Kreisen anempfehlen, ihr Börsenglück nicht zu stark auf diese Karde zu setzen. Das Geschäft und die Tendenz der letzten Börsen ließen in übrigen erkennen, dass bei vielen bereits Selbstbestimmung und nüchterne Überlegung zurückgegangen sind. Das Interesse lenkt sich in der Hauptrichtung nur auf Spezialwerte, für die besondere Momente anregen. So rückten vor allem Bankaktien in den Vordergrund und erzielten nennenswerte Kursbesserungen. Ihre Entwicklung ergibt sich aus folgender Zusammenstellung:

1. 7. 1926 2. 1. 1926 15. 7. 1926

Berliner Handelsgesellschaft . . . 121,50 135 177

Commerz- und Privatbank . . . 98,25 96,25 128,50

Darmstädter und Nationalbank . . . 120,12 104 176,50

Deutsche Bank . . . 120,50 104 164

Diskontogesellschaft . . . 108,12 102,75 153,50

Dresdner Bank . . . 102,25 102 136

Mitteldeutsche Kreditbank . . . 97 92,50 121,75

Reichsbank . . . 125,30 138,50 161,25

Die Nachfrage nach Bankaktien erklärt sich hauptsächlich aus dem für die Institute im ganzen sehr befreidigenden Geschäftszweck des ersten Halbjahrs 1926. Die aufsteigende Börsenbewegung dürfte den Banken erhebliche Gewinne gebracht haben, und auch das Emissionsgeschäft war von zunehmender Lebhaftigkeit, so dass gute Erträge für die Banken zu vermuten sind. Neuerdings stimulierten auch wieder Gerüchte über angeblich bevorstehende Fusionen im Bankgewerbe, die allerdings vorläufig noch sehr vage zu sein scheinen. Besonders ist die starke Steigerung der Aktien der Danat-Bank, die die Aktien anderer Berliner Grossbanken im Kursweite überflügelt haben und die bereits an nähernd den Kurs der Anteile der Berliner Handelsgesellschaft erreicht haben, nachdem diese lange Zeit hindurch weit höher im Kurse gestanden hatten als die Aktien der übrigen Grossbanken. Neuerdings ist auch wieder für verschiedene Reichsanleihen Interesse aufgegangen, da man an der Börse immer noch damit rechnet, dass in absehbarer Zeit einmal der Umtausch in eine neue Reichsanleihe erfolgen wird. Dass sich auch für mit hohem Zinsfuss ausgestattete Obligationen verschiedenster Art Nachfrage zeigt, erscheint in einer Zeit andauernd sinkenden Diskontszinses und Zinsfusses nicht unverständlich. Dies alles ist indes, wie es scheint, nur ein letztes Aufflackern des Geschäfts. Hauptreisezeit und Hitze drücken auch der Börse immer deutlicher ihren Stempel auf, und auch in der Burgstrasse empfindet man das Bedürfnis nach Auseinandersetzung und Erholung immer stärker.

* Zur Frage des Mobilarkredits.

Die Rechtsunsicherheit bei der Sicherungsübereignung.
— Die Notwendigkeit einer Neugestaltung des Mobilarkredits.
— Ansätze zum Registerpfandrecht.

Von [Nachdruck verboten.]

Dr. Heinrich Dohrendorf (Berlin).

In früherer Zeit kam dem Mobilarkredit hinsichtlich seiner Verwendung im Wirtschaftsleben keine besondere Bedeutung zu. Der Gründücksckredit bildete die Hauptgrundlage jeden Kredits, soweit er nicht direkt als Personalkredit gegeben wurde; das hat sich durch den Krieg und die Inflation grundlegend geändert; andererseits ist der Kreditbedürfnis aller Unternehmungen erheblich gestiegen, da ihr Betriebskapital und sonstiges Vermögen in Verfolg der Inflation und der Preiswuchergesetze auf einen Bruchteil zusammengeschrumpft ist. Der Personalkredit ist, insbesondere seit die grosse Wirtschaftskrise eingesetzt hat, eine Seltenheit im deutschen Wirtschaftsleben geworden. So hat die sicherheitshalber vorgenommene Übereignung von Waren, Betriebseinrichtungen und Außenständen in ihrer Bedeutung als Kreditgrundlage außerordentlich gewonnen. Insbesondere die seit Herbst des letzten Jahres eingetretene starke Verschlechterung der Wirtschaftslage, der Zusammenbruch bedeutender Firmen, hat die Kreditinstitute bei einer Kreditgewährung zu immer grösserer Vorsicht gezwungen. In immer steigendem Masse haben sie sich die Sicherungsübereignungsverträge als Mittel zur Sicherung ihrer Kredite bedient, der gegenwärtig in der deutschen Kreditwirtschaft die allergrösste Rolle spielt.

Der Sicherungsübereignungsvertrag ist eine Vereinbarung zwischen Kreditgeber und Kredithnehmer, die zur Sicherheit für Geldforderungen des Gläubiger bewegliches Eigentum des Schuldners, insbesondere Teile des Warenlagers, Außenständen und Inventar mit der Massgabe überträgt, dass der Schuldner im unmittelbaren Besitzer der sicherheitshalber übertragenen Sachen bleibt. In der Regel wird ein Leihvertrag geschlossen, und der Gläubiger verpflichtet, sich an den Schuldner das Eigentum zurückzubehalten. Das Bürgschaftsrecht kommt Verpfändung ohne Besitzübertragung der verpfändeten Gegenstände an den Gläubiger nicht, es kennt hinsichtlich der Verpfändung von Mobilien nur das Faupfand; d. h. zur Rechtswirksamkeit des Pfandvertrages ist die Besitzübertragung der verpfändeten Sachen an den Gläubiger notwendig. — Diese Form des Mobilarkandes erweist sich für die Bedürfnisse des Kreditverkehrs als unzureichend, und so hat das Reichsgericht durch seine Rechtsprechung den Sicherungsübereignungsvertrag geschaffen. Die ausserordentliche Größe des Sicherungsübereignungsvertrages, die in der Sicherungsübereignungsvertrag geschlossen hat, liegt nun darin, dass ihm dieser Vertrag unbekannt ist, und im Falle einer Zahlungsunfähigkeit des Schuldners, den er im Vertraten auf das in seinem Besitz befindliche Warenlager für kreditwürdig hält, der durch die Sicherungsübereignung gekönte Geldegeber sich durch Zugriff in das ihm übertrogene Warenlager des Schuldners befriedigt, während der ungefleckte zweite Gläubiger mit seiner Forderung mehr oder minder aufgegeben hat. Dieser Vorgang ist von der Wirtschaftsseite zu Treu und Glauben im Widerspruch stehend empfunden worden. Dieses Gefühl hat sich das Reichsgericht durch seine Entscheidungen bis zu einem gewissen Grade angeschlossen.

So hat das Reichsgericht entschieden, dass ein Übereignungsvertrag, durch den ein Kaufmann das gesamte Warenlager oder den grössten Teil desselben einem Gläubiger zur Sicherheit übertragen, gegen den guten Sitten verstößt. In singemässiger Auslegung dieser Entscheidung für sittenwidrig erklärt worden, sofern die Verträge, die die Sicherung des Kredites des Gläubigers zum Gegenstand haben, wirtschaftlich nicht vertraglich bilden im Ende der Vertragszeit, vertraglich verarbeitet wurden, in einer gemeinsamen Gesellschaft zur Erwähnung stand. Man entschied sich damals für die Trennung, da man mit der Möglichkeit rechnete, die Kraftfahrzeugfertigung unter Heranziehung von Privatkapital in grösserem Massstabe aufnehmen zu können, nachdem das Automobilfabrikationsprogramm der Deutschen Werke, bekanntlich nicht ohne Einwirkung der privaten Automobilfertigung, auf Teilbasis geprägt war. Mit der im Herbst vorigen Jahres eingeholten Privatkapital und anderer Weise, so dass der gesuchte Absatz an Motorrädern stark zurückging und weitgehende Betriebs einschränkungen unvermeidlich wurden, kam keine Veranlassung mehr vor, eine doppelseitige Verwaltung für die Spandauer Betriebe bestehen zu lassen. Neben der ebenfalls stark eingeschränkten Motorradfabrikation wird zurzeit die Automobilfabrikation nur in sehr geringem Umfang aufrechterhalten, vor allem unter dem Gesichtspunkt, den Kaufen des D-Wagens den Bezug von Ersatzteilen zu sichern.

* Zum Verkauf der Bombacher Eiseninteressen erfahren wir noch, dass die Verbandsquoten der Werke, wie an dieser Stelle bereits angekündigt, ähnlich wie es bereits mit den Quoten der Stummenschen Werke geschieht, unter die grossen westdeutschen Eisenkonzerne aufgeteilt werden. Bekanntlich ist bereits bei der Übernahme der Werke des Stummekonzerns ein Ankaufkonsortium in Funktion getreten, dem neben den Vereinigten Stahlwerken Krupp, Klockner, Hoesch und Haniel angehören. Die Aufteilung der Quoten erfolgt im Verhältnis der bisherigen Verbandsbeteiligung der Konzerne.

* W. Borchardt beantragt Geschaeftsaufsicht. Von

der Firma wird uns mitgeteilt: „Die schwere wirtschaftliche Krise hat die bekannte Verzögerung der Elbwerke, insbesondere der Borsigwerke in Berlin, Französische Straße 47/48, veranlasst, die Interessen ihrer Gläubiger die Geschäftsaufsicht zu beantragen.“

Die Firma ist Eigentümerin der Grundstücke Französische Straße 47/48, die nur mit einer erststehenden Hypothek belastet sind. Die Aktiven übersteigen die ungedeckten Verpflichtungen der Firma im Betrage von rund 800 000 M um einen erheblichen Betrag, so dass den Gläubigern unter Befriedigung zutreffend wird. Die Firma bietet ihren Gläubigern eine Quote von 100 p.C. auszahlbar innerhalb eines Jahres, die durch Eintritt in eine Hypothek auf dem Grundstücke der Firma, das Geschäftsmittel zu befreien, welche die Firma in die Räume des Umsatzes einbringen kann, die sie in der Einzelvollstreckung jedenfalls weit überwiegend nicht gezogen, vielerlei wehrt der Sicherungsnehmer bei der Einzelvollstreckung die Pfändung mit der Widerspruchsklausur aus § 771 ZPO. erfolglos ab. Diese Rechtsauffassung ist keineswegs unbegründet, vielmehr haben sich in Theorie und Praxis erhebliche Bedenken gegen diese Diskrepanz in der Rechtsprechung geltend gemacht. In einem ganz kürzlich erschienenen sehr interessanten Gutachten hat der Reichsfinanzhof für den Spezialfall, dass bei der Einzelvollstreckung der Staat für seine Steuern der nicht geschädigte Gläubiger ist, die Forderung, dass zu mindern in dem Falle, wenn die Sicherungsübereignung nicht ein Erfolgsgegenstand werden darf aus der Widerspruchsklausur nach § 771 ZPO, sondern dass er lediglich verlangen könnte, aus dem Ertrage der Zwangsvollstreckung bevorzugt befriedigt zu werden. Es findet sich in dem Gutachten die folgende ausserordentlich prägnante Aussage: „Durch die Sicherungsübereignung wird der Schuldner in die Lage versetzt, sein Geschäft zu betreiben, ohne dem Zugriff durch andere Gläubiger ausgesetzt zu sein. Zum mindesten kann er die anderen Gläubiger so lange hinhalten, bis das Kreditverhältnis zwischen ihm und dem Sicherungsnehmer abgewickelt ist. Das Risiko des dem Schuldner betreffenden Geschehens ist also auf den Sicherungsnehmer, nicht auf den Gläubiger übergegangen, sodass diese den übrigen Gläubigern des Sicherungsnehmers haftet. Darin liegt, wie allgemein anerkannt wird, ein Hauptmangel der Sicherungsübereignung. Trotzdem wird im geschäftlichen Verkehr an der Sicherungsübereignung festgehalten, weil eben oft nur durch sie dem Geschäftsherrn, der sich auf andere Weise Kredit nicht verschaffen kann, die Möglichkeit verschafft werden kann, sich geschäftlich zu betätigen oder geschäftlich Schwierigkeiten zu überwinden. Muss es aber schon, als eine Verletzung von Treu und Glauben gelten, dass die Forderung, die nicht geschädigte Gläubiger, seine Privatgläubiger, insbesondere seine Lieferanten, aber nicht befriedigt, weil die Einnahmen des Geschäftes in erster Linie dem Hauptgläubiger, nämlich dem Sicherungsnehmer zufließen, der der Zwangsvollstreckung mit der Klausur aus § 771 ZPO entgegenstellt, so muss in solcher Zustand dem Reiche gegenüber, für das ans dem Betrieb des Geschäftes Steueransprüche entstehen, als unfehlbar bezeichnet werden.“ Man darf wohl angesichts dieser und anderer beachtlicher Einsprüche die Frage aufwerfen, ob nicht mit dem Zunehmen der Erbittungen gegen den Sicherungsübereignungsvertrag in der öffentlichen Meinung auch eine Tagesfrage aufgetreten ist. Die Richtung der schon vorhandenen Tendenzen die Sicherungsübereignung überwiegend anders beurteilt als jetzt, insbesondere auch unter Berücksichtigung der jetzt dem Reichstag vorgelegten Denkschrift des Reichsjustizministeriums über das Mobilarkandrecht, in der mit Recht gegen die Kodifikation des Rechts der Sicherungsübereignung darauf hingewiesen wird, dass eine gesetz-

liche Formulierung der bisher gefundenen Grundsätze der Sicherungsübereignung entweder zu einer Erstarrung der Einrichtung führt, oder so dehnbar sein müssten, dass sie den anderen Gläubigern keine wesentlichen Vorteile bieten könnte.

Diese Rechtsentwicklung, gerade bei der Verwertung der Sicherungsübereignung, ist deswegen so interessant, weil hier in dem Bewusstsein, dass die juristische Form der Sicherungsübereignung mit ihrem wirtschaftlichen Zweck als Kreditsicherung auseinanderfällt, die Rechtsprechung das volle Eigentum bei der Verwertung der Sicherungsübereignung nicht anerkennt. In der Tat liegt diese Auffassung der wirtschaftlichen Rechtsprechung in derartigen Fällen, dass sich der Sicherungsnehmer das Eigentum an der Ware einzuverleben, sondern lediglich ihm für seine Forderungen zu sichern. Dass unter diesem Gesichtspunkt zweitfach die Ablösung der Sicherungsübereignung schon vom Rechtlichen Standpunkt aus durch ein gesetzliches Pfandrecht ohne Besitzübertragung wünschenswert wäre, dürfte außer allem Zweifel stehen.

In der Tat sind nun in der letzten Zeit in Deutschland recht beachtliche Ansätze für eine derartige Neuregelung festzustellen, deren Leitmotiv natürlich wirtschaftliche Erwägungen waren. In dem Gesetz über die Bestellung von Pfandrechten an im Bau befindlichen Schiffen heisst es in der Begründung, dass die Reichsjustizministerium den Entwurf beifügt hat, dass „für die Schaffung ausreichender dinglicher Sicherung bisher zur Verfügung stehenden Formen der Faupfandbestellung und der Sicherungsübereignung sich wegen ihrer Schwierigkeit und wegen der mangelnden Öffentlichkeit des dadurch begründeten dinglichen Rechts als unzulänglich erwiesen habe“. Weit beachtlicher jedoch als diese Neuregelung des Pfandrechts an im Bau befindlichen Schiffen ist der in diesen Tagen im Reichstag angenommene Gesetzentwurf, betreffend die Ermöglichung der Kapitalkreditbeschaffung für landwirtschaftliche Pächter. Mit diesem Gesetz wird für das Inventar des landwirtschaftlichen Pächters das Registerpfandrecht in Deutschland eingeführt. In grossen Zügen handelt es sich darum, dass der Pächter einen landwirtschaftlichen Grundstückes an dem ihm gehörenden Inventar einem zugelassenen Kreditinstitut zur Sicherung eines ihm gewährten Darlehens ein Pfandrecht ohne Besitzübertragung bestellen kann, zu dessen Rechtswirksamkeit die Niedersetzung des Verpfändungsvertrages auf dem Amtsgericht, in dessen Bezirk der Sitz des Betriebes liegt, erforderlich ist. Denjenigen, der ein berechtigtes Interesse an der Einsicht in die beim Amtsgericht niedergelegten Verpfändungsverträge darf, ist die Einsicht zu gestalten. Für die Befriedigung des Pfandgläubigers gelten im allgemeinen die Pfandvorschriften des Teilgebietes des wirtschaftlichen Wirtschaftslebens, das Registerpfandrecht eingeführt. Die Bemühungen, insbesondere des Handels, auch auf die kaufmännischen und gewerblichen Betriebe das Registerpfandrecht auszudehnen, dauer unvermindert fort und dürfen dadurch, dass es auf Spezialgebieten nun mehr bereits in Deutschland eingeführt wird, nur noch verstärkt werden, wenn auch der diesbezügliche Antrag Keinath und Gernert mit Wiederzusammenbruch des Reichstags zur Beschlussfassung kommen wird.

* Zum Übergang der Produktion der Deutschen Kraftfahrzeuge auf die Deutsche Industriewerke

Akt.-Ges. In Spandau erfahren wir, dass bereits bei der Liquidation der Deutschen Werke die Elbwerke die Spandau-Hasselbergsche Kraftfahrzeugfertigung und deren Verträge, die in einem im eingerichteten Verhältnis standen, im Rahmen der Deutschen Werke auch verarbeitet wurden, in einer gemeinsamen Gesellschaft zur Erwähnung stand. Man entschied sich damals für die Trennung, da man mit der Möglichkeit rechnete, die Kraftfahrzeugfertigung unter Heranziehung von Privatkapital in grösserem Massstabe aufzunehmen zu können, nachdem das Automobilfabrikationsprogramm der Deutschen Werke, bekanntlich nicht ohne Einwirkung der privaten Automobilfertigung, auf Teilbasis geprägt war. Mit der im Herbst vorigen Jahres eingeholten Privatkapital und anderer Weise, so dass der gesuchte Absatz an Motorrädern stark zurückging und weitgehende Betriebs einschränkungen unvermeidlich wurden, kam keine Veranlassung mehr vor, eine doppelseitige Verwaltung für die Spandauer Betriebe bestehen zu lassen. Neben der ebenfalls stark eingeschränkten Motorradfabrikation wird zurzeit die Automobilfabrikation nur in sehr geringem Umfang aufrechterhalten, vor allem unter dem Gesichtspunkt, den Kaufen des D-Wagens den Bezug von Ersatzteilen zu sichern.

* Zum Verkauf der Bombacher Eiseninteressen erfahren wir noch, dass die Verbandsquoten der Werke, wie an dieser Stelle bereits angekündigt, ähnlich wie es bereits mit den Quoten der Stummenschen Werke geschieht, unter die grossen westdeutschen Eisenkonzerne aufgeteilt werden. Bekanntlich ist bereits bei der Übernahme der Werke des Stummekonzerns ein Ankaufkonsortium in Funktion getreten, dem neben den Vereinigten Stahlwerken Krupp, Klockner, Hoesch und Haniel angehören. Die Aufteilung der Quoten erfolgt im Verhältnis der bisherigen Verbandsbeteiligung der Konzerne.

* W. Borchardt beantragt Geschaeftsaufsicht. Von

der Firma wird uns mitgeteilt: „Die schwere wirtschaftliche Krise hat die bekannte Verzögerung der Elbwerke, insbesondere der Borsigwerke in Berlin, Französische Straße 47/48, veranlasst, die Interessen ihrer Gläubiger die Geschäftsaufsicht zu beantragen.“

Die Firma ist Eigentümerin der Grundstücke Französische Straße 47/48, die nur mit einer erststehenden Hypothek belastet sind. Die Aktiven übersteigen die ungedeckten Verpflichtungen der Firma im Betrage von rund 800 000 M um einen erheblichen Betrag, so dass den Gläubigern unter Befriedigung zutreffend wird. Die Firma bietet ihren Gläubigern eine Quote von 100 p.C. auszahlbar innerhalb eines Jahres, die durch Eintritt in eine Hypothek auf dem Grundstücke der Firma, das Geschäftsmittel zu befreien, welche die Firma in die Räume des Umsatzes einbringen kann, die sie in der Einzelvollstreckung jedenfalls weit überwiegend nicht gezogen, vielerlei wehrt der Sicherungsnehmer bei der Einzelvollstreckung die Pfändung mit der Widerspruchsklausur aus § 771 ZPO. erfolglos ab. Diese Rechtsauffassung ist keineswegs unbegründet, vielmehr haben sich in Theorie und Praxis erhebliche Bedenken gegen diese Diskrepanz in der Rechtsprechung geltend gemacht. In einem ganz kürzlich erschienenen sehr interessanten Gutachten hat der Reichsfinanzhof für den Spezialfall, dass bei der Einzelvollstreckung der Staat für seine Steuern der nicht geschädigte Gläubiger ist, die Forderung, dass zu mindern in dem Falle, wenn die Sicherungsübereignung nicht ein Erfolgsgegenstand werden darf aus der Widerspruchsklausur nach § 771 ZPO, sondern dass er lediglich verlangen könnte, aus dem Ertrage der Zwangsvollstreckung bevorzugt befriedigt zu werden. Es findet sich in dem Gutachten die folgende ausserordentlich prägnante Aussage: „Durch die Sicherungsübereignung wird der Schuldner in die Lage versetzt, sein Geschäft zu betreiben, ohne dem Zugriff durch andere Gläubiger ausgesetzt zu sein. Zum mindesten kann er die anderen Gläubiger so lange hinhalten, bis das Kreditverhältnis zwischen ihm und dem Sicherungsnehmer abgewickelt ist. Das Risiko des dem Schuldner betreffenden Geschehens ist also auf den Sicherungsnehmer, nicht auf den Gläubiger übergegangen, sodass diese den übrigen Gläubigern des Sicherungsnehmers haftet. Darin liegt, wie allgemein anerkannt wird, ein Hauptmangel der Sicherungsübereignung. Trotzdem wird im geschäftlichen Verkehr an der Sicherungsübereignung festgehalten, weil eben oft nur durch sie dem Geschäftsherrn, der sich auf andere Weise Kredit nicht verschaffen kann, die Möglichkeit verschafft werden kann, sich geschäftlich zu betätigen oder geschäftlich Schwierigkeiten zu überwinden. Muss es aber schon, als eine Verletzung von Treu und Glauben gelten, dass die Forderung, die nicht geschädigte Gläubiger, seine Privatgläubiger, insbesondere seine Lieferanten, aber nicht befriedigt, weil die Einnahmen des Geschäftes in erster Linie dem Hauptgläubiger, nämlich dem Sicherungsnehmer zufließen, der der Zwangsvollstreckung mit der Klausur aus § 771 ZPO entgegenstellt, so muss in solcher Zustand dem Reiche gegenüber, für das ans dem Betrieb des Geschäftes Steueransprüche entstehen, als unfehlbar bezeichnet werden.“ Man darf wohl angesichts dieser und anderer beachtlicher Einsprüche die Frage aufwerfen, ob nicht mit dem Zunehmen der Erbittungen gegen den Sicherungsübereignungsvertrag in der öffentlichen Meinung auch eine Tagesfrage aufgetreten ist. Die Richtung der schon vorhandenen Tendenzen die Sicherungsübereignung überwiegend anders beurteilt als jetzt, insbesondere auch unter Berücksichtigung der jetzt dem Reichstag vorgelegten Denkschrift des Reichsjustizministeriums über das Mobilarkandrecht, in der mit Recht gegen die Kodifikation des Rechts der Sicherungsübereignung darauf hingewiesen wird, dass eine gesetz-

* R. Dolberg Akt.-Ges. — Die Kombination mit der Gruppe Otto Wolff. In der Generalversammlung wurde das Aktienkapital, wie angekündigt, von 1 Mill. M. auf erhöht. Die jungen Aktien sind ab 1. Juli 1929 dividendenberechtigt und den alten 600 000 M. Stammaktien gleichgestellt. Sie sind in voller Höhe von einem Konsortium übernommen, das aus der bisherigen Majoritätsgruppe Aktien-Ges. und der Leipziger & Co., Feld- und Industriehanwerke Akt.-Ges. und die Gruppe Otto Wolff besteht. Die Gruppe Otto Wolff besteht aus dem Aufsichtsrat neu gewählt, Otto W. Wolff, Geh. Regierungsrat Ottmar Strauß, Generalrat Dr. F. W. Robert Kindt (Berlin), Ausserdem wurde gewählt: Graf Henckel von Stein (König), Bankier Konsul Dr. h. c. Heinrich von Stein (König), Direktor Eduard Lissner, alle diese Mittel zur Durchführung eines Rationalisierungsprogramms bestimmt. Die benachbarte Fabrik von Leipziger & Co. trage seit Abschluss der Interessengemeinschaft am meisten dazu bei, dass die Umsätze gegenüber dem Vorjahr bereits auf das doppelte gesteigert werden konnten, während die Anlagen von Dolberg etwa für das Dreifache ausreichen. Das Geschäft mit dem Auslande habe, wie die Konkurrenz in der Feldhafabrikation schrumpfen gelassen, habe, seit befriedigend. Im Inlande möge die technische ziemlich bemerkbar. Doch hoffe die Gesellschaft, den beabsichtigten Landmaschinenkrediten teilnehmen zu können.

* Kollmar & Jourdan Akt.-Ges. — Die Umsatzsteigerung in Pforzheim. In der Generalversammlung, die am 5. April 1929 auf 5 Mill. Aktienkapital verteilt wurde, bleibt die für das Jahr 1929 ein 1928 erreichte Gesamtumsatz dividierte. Der Gewinn auf Warenkonten hat sich auf 1.05 (1.32) Mill. M. ermässigt, dagegen sind die Unkosten und Steuern auf 0.91 (0.89) Mill. M. gestiegen. Nach Berücksichtigung von Abschreibungen auf Kontokorrent-Konto, Inventar und Effektenkonto auf 0.12 (0.12) Mill. M. verbleibt ein Reingewinn von 24 094 (300 137) M. der nach Berücksichtigung der Dividende für die Vorzugsaktien am 1. Juli 1929 entzogen werden soll. Der Bericht verzerrt auf eine Anfangszeit eine vierrechteckige Geschäftstätigkeit und eine vierwöchige Stellung, der im Spätsommer 1928 einsetzte. Nachdem sich dann im Spätsommer 1928 ein angelassen hatte, trat wieder Ende Oktober ein allgemeiner Rückgang ein. Nicht nur das deutsche Geschäft, sondern auch das Auslandsgeschäft habe Anlass zur Klage gegeben. In der Bilanz erscheinen die Anlagekonten wenig verändert. Zugänge von Bedeutung werden auf 2.33 (2.78) zurückgegangen, Debitorien auf 1.65 (1.31) Mill. M. gestiegen. Das Effektenkonto, ab dem 39 673 abgeschrieben werden, erneuert auf 35 000 M. Wechsel haben sich auf 0.25 (0.14) Mill. M. erhöht. Die Kreditlinien sind auf 1.05 (0.47) Mill. M. erhöht. Der finanzielle Status ist somit unverändert. Der Vergleich auf die vorherigen Jahre zeigt, dass die Umsätze auf der Verschiebung auf den einzelnen Konfidenzen kontrahiert haben. Ueber die Aussichten für das kommende Geschäftsjahr werden keine bestimmten Angaben gemacht. (Generalversammlung am 31. Juli, Tageskurs 55 p.C.)

* Leipziger Pianofortefabrik Gebr. Zimmermann Akt.-Ges. — Ludwig Hupfeld Akt.-Ges. Die Verhandlungen zwischen den beiden Firmen haben dazu geführt, dass beide Gesellschaften für den 14. August 1929 ausserordentliche Generalversammlungen einberufen, die über die Fusion beschlossen sollen. Die Leipziger Pianofortefabrik Gebr. Zimmermann als übernehmende Gesellschaft gewährt auf 400 M. Hupfeld-Aktien eine Dividende. Die Leipziger Pianofortefabrik Gebr. Zimmermann-Aktien dividendenfrei bis zum 1. Juli 1929. Zu diesem Zweck erhöht die Zimmermannsche Kapital von 2.320 000 M. um 200 000 M. Ausserdem soll zur Abzahlung des Kapitals voraussichtlich später eine nicht umfangreiche Kapitalerhöhung vorgenommen werden, bei der der Hupfeld-Aktionären ein Sonderbezugsschein im Verhältnis von 5:1 zu Parkurs plus Spesen gewährt wird. Die Vorzugsaktien bei der Hupfeld-Akt.-Ges. sowie die Vorzugsaktien bei beiden Gesellschaften sollen in Wegfall kommen. Die Leipziger Pianofortefabrik Gebr. Zimmermann wird in Pforzheim umgesetzt. Die Leipziger Pianoforte- und Phantastenfabrik der Hupfeld-Gesellschaften ist in Pforzheim im September stattfinden wird, die Bilanz für den 30. Juni 1929 wahrscheinlich im Vorschlag gebracht werden.

* P. Schwengers Söhne G. m. b. H. — Zuckerraffinerie. Die Verhandlungen zwischen den beiden Firmen haben dazu geführt, dass beide Gesellschaften für den 14. August 1929 ausserordentliche Generalversammlungen einberufen, die über die Fusion beschlossen sollen. Die Leipziger Pianofortefabrik Gebr. Zimmermann als übernehmende Gesellschaft gewährt auf 400 M. Hupfeld-Aktien eine Dividende. Die Leipziger Pianofortefabrik Gebr. Zimmermann wird in Pforzheim umgesetzt. Die Leipziger Pianoforte- und Phantastenfabrik der Hupfeld-Gesellschaften ist in Pforzheim im September stattfinden wird, die Bilanz für den 30. Juni 1929 wahrscheinlich im Vorschlag gebracht werden.

* Keine Interessenaufnahme der Firma Fried. Krupp Akt.-Ges. in Essen an der ungarischen Lipköt & Co. Akt.-Ges. Wie uns die Fried. Krupp Akt.-Ges. in Essen mitteilt, entspricht die Belgrader Meldung, wonach von der Firma Fried. Krupp Akt.-Ges. in Essen gemeinsam mit der Dr. Lipköt & Co., Bau- und Eisenindustrie Akt.-Ges. in Budapest eine neue Aktiengesellschaft gegründet worden ist, sie soll nicht den Tatsachen.

* Döllarlanche der Oberpfälzerwerke Akt.-Ges. Die Oberpfälzerwerke Akt.-Ges. in Regensburg hat mit amerikanischen Bankhäusern eine Hypothek auf die Höhe von 1.25 Mill. Dollars abgeschlossen. Die Abliefermittel dienen zur Abdeckung der aus fremden Erzeugnissen bestehenden Kosten (Werkstoffe) entstandenen Verlustmöglichkeit und zur Fortsetzung des Ausbaumprogramms bzw. zur Erweiterung der Elektrizitätsversorgung der Oberpfälzerwerke.

* Kartoffel-Kreditbank Akt.-Ges. in Berlin. Das im August 1928 gegründete Kreditinstitut, das Kartoffel-Kreditbank gegründete Unternehmen beruft zum 6. August eine Generalversammlung ein, die über die Liquidation beschließen soll. Wie wir hören, sind die letzten Geschäfte der Bank bereits vor anderthalb Jahren getätigt worden. Eine Erhöhung des Aktienkapitals von 42 000 auf 300 000 M. konnte nicht durchgeführt werden, da nach Angabe der Verwaltung der Grosshandel die hierzu erforderlichen Mittel aufzubringen nicht in der Lage war, so dass das Unternehmen nunmehr wegen Mangel an Betriebskapital aufgelöst wird.

* Zollerhöhung und Schweinehaltung. Zu den Ausführungen von Herrn v. d. Wath über dieses Thema in Nr. 293 unseres Blattes haben wir von Herrn Oekonomiker Kaiser (Berlin) eine längere Entgegennahme erhalten. Aus Raumgründen ist es uns nicht möglich, sie voll zum Abruck zu bringen. Oekonomiker Kaiser erklärt, die Zahl der am 1. Dezember 1925 gezählten Schweine stände zwar höher als die Zahl der am 1. Januar 1926 gezählten, die Verzehrung des Marktes mit Schweinefleisch habe sich trotzdem in durchaus aufsteigender Richtung bewegen. Nun ist Herrn v. d. Wath ein Irrtum unterlaufen, er hat beim Vergleich der Auftriebsziffern von Dezember bis Ende Mai für 1924/25 die Zahl von 1912/13 eingesetzt. Tatsächlich steht ein Auftrieb in den Monaten Dezember bis Mai 1925/26 von 2.127.901 Stück im Vorjahr ein solcher von 2.350.775 Stück gegenüber. Der Rückgang beträgt also nicht, wie im Artikel ausführbar war, 10,6 p.C., sondern nur 5 p.C., d. h. praktisch nichts. Oekonomiker Kaiser erklärt die schlechten Auftriebsziffern mit dem grossen Umfang der Maul- und Klancenseuche und sucht aus der Schlachtungsstatistik für die Monate Dezember—März eine erhebliche Besserung der Fleischversorgung zu beweisen. Dagegenüber betont Herr v. d. Wath, dass jede Beweisführung mit Hilfe eines im März abschliessenden Schlachtungsstatistik völlig bedeutslos ist wegen der schlechten Auftriebsziffern im April und Mai, die ihm gerade zur Abfassung des Artikels veranlaßt haben. — Außerdem ist die Zahl der Verzehrung hervorragend, wenn man die Ausführungen von Herrn v. d. Wath über das Niedrinnsten der verdeckten Verbesserung bestehen.

* Das Projekt und die Aufgaben der zu gründenden Döllarbank in Polen. Unser polnischer Dr. F. S. Wirtschaftskorrespondent schreibt uns: Die Döllarbank ist gegenwärtig das Statut der sogenannten Döllarbank aus, deren Gründung kürzlich in Polen beschlossen wurde. Diese Döllarbank soll nach dem Muster der Reichsdeutschen Gold- und Girokasse geschaffen werden. Die Aufgabe des Instituts wird die Annahme von Döllarbilagen und Depots bilden. Das Betriebskapital soll zur Finanzierung des Exports, insbesondere des Handelsports eingesetzt werden. Die Döllarbank als das jüngste Projekt Polens kann an die Reihen der bestehenden Kreditinstitute treten. Die Realisierung dieses Projekts hängt allerdings erst von der Annahme des Statut der Döllarbank ab, die die Regierung in der nächsten Zeit auf Grundlage der ihr vom Sejm erteilten Vollmachten durchführen will.

* Russische Kohlenabschlüsse in Osterböhmen. Gestern traf in Katowitz eine Handelsdelegation der russischen Regierung aus Moskau ein, die mit Vertretern der Osterböhmen Kohlenkonvention verhandelte. Man einigte sich auf die Lieferung von 500 000 Tonnen Kohle bis Ende November zum Preis von 125 Schilling pro Tonne. 250 000 Tonnen Kohle sollen auf dem Land, der Rest auf dem Wasserweg über den Danziger Hafen transportiert werden.

Die Benachrichtigungsfrage bei Schecküberweisung im Bankverkehr. — Erfollose Klage wegen Benachrichtigung von der Gutschrift. — Eine neue Rechtsgerichtsentscheidung. Am 14. September vertrat die Firma N. in Aussig a. Elbe die Bankfirma P. & Co. für ihre Rechnung 50 Milliarden μ an die Firma Sch. & Co. in und zwar durch Überweisung auf deren Konto bei der Bank in Hamburg zu zahlen. Das Prager Bankhaus übertrug für Rechnung der Firma N. der Dresdner Bank einen über 50 Milliarden, die die Gutschrift im Hauptbuch zwar hervor aber der Firma Sch. & Co. keine Nachricht eingegeben sei, beauftragte diese die Prager Bank nochmals mit der Überweisung des gleichen Betrages. Eine erneute Überweisung stellte P. & Co. der Firma N. am 15.9.23 in Rechnung. Nachdem die Prager Bank ihre Anträge an die Firma N. die Auftraggeber abgetreten hatte, klagte die Firma N. die Dresdner Bank auf Schadensersatz. Diese habe die Überweisungsauftrag nicht nur annehmen und gutmachen, sondern die Firma Sch. & Co. auch umgehend von der Benachrichtigung müssen. Mangels solcher Benachrichtigung sei am 29. September 1923 gutgeschriebener Betrag durch die nach Verschlechterung der deutschen Valuta völlig entwertet, auch durch die Schuld der Beklagten mit neuen Gebühren beladen. Die Klage wurde in allen Instanzen (Land- und Oberlandesgericht Hamburg sowie Reichsgericht) abgelehnt. Den rechtsgerichtlichen Entscheidungen des Landes von grundsätzlicher Bedeutung zu entnehmen: Ob die beklagte Bank verpflichtet war, eine entsprechende Abhandlung nach vollzogener Gutschrift an die Firma Sch. & Co. zu lassen, riet sich grundsätzlich nur nach dem Entstehen ihres derzeit bestehenden Vertragsvertrags. Es war also auch gegebenenfalls nur die Firma N. berechtigt, von der Beklagten jede Benachrichtigung zu verlangen. Dagegen war der von der Firma P. & Co. der Beklagten erlassene und von dieser angenommene Auftrag der Gutschrift des mit vom 17. September 1923 überwandsamen Schecks mit der Gutschrift auf dem Girokonto der Firma Sch. & Co. in aufzubuchen der Beklagten am 29. September 1923 vollzogen.

Damit war von der Firma P. & Co. für Rechenschaft der Klägerin eine Zahlung an die Firma Sch. & Co. geleistet, welche diese in ihrem Verhältnis zu der Klägerin am 29. September 1923 in der gesuchten Höhe vollzogen gelassen muss. Die Übertragung der Gutschrift von dem Hauptbuch des Konto der Beklagten hatte nur für den inneren Geschäftsbetrieb derselben Bedeutung. Die Versäumung dieser Übertragung berührte das geschilderte Rechtsverhältnis der Firma N. sowie der Klägerin zu den Beklagten ebensoviel wie die der Benachrichtigung der Firma Sch. & Co. von der Gutschrift des Beklagten. Sollte durch diese letztere Versäumung ein Schaden entstanden sein, so kann sie dieshalb die Firma N. nicht in Anspruch nehmen. Dann weder der Klägerin noch die F. & Co. hatten der Beklagten gegenüber einen Anspruch daran, Beklagte die Gutschrift der Firma Sch. & Co. rechtzeitig mitzuteilen. Soweit eine ungerechtfertigte Bereicherung der Beklagten vorliege, würde diese nicht auf Kosten der Klägerin, sondern der Sch. & Co. erfolgen sein. (I 347/25, 23. 6. 26.)

Verein Chemischer Fabriken Akt.-Ges. in Zeitz. — Liquidation beschlossen.

Die Generalversammlung nach der Entgegennahme der Erklärung über den Verlust, nach der Entgegennahme der Erklärung über den Verlust mehr als der des Aktienkapitals als Auswirkung der Verwaltung ergab einen per 30. April 1926 aufgestellte Bilanz einen von 9 831 065 μ bei einem Aktienkapital von nom. 13 Mill. μ . In dem jedoch 898 600 μ als Vorratskosten bei der Gesellschaft waren, der überdies aus dem Verkauf der Beteiligung an Schließwerken 1950 000 μ eigene Aktien zugezogen sind. Es wurde hierauf also ein Vermögen von 100 000 μ verbleiben, während bekanntlich die Banken einen Verlust von etwa 20 p.Ct. auf ihre Forderungen an das Unternehmen. Der Zusammenschrumpf der Gesellschaft wird von der Erklärung mit der unbestimmten Lage einiger Fabrikations- sowie mit den unbestimmten Verlustbringenden Bemerkungen erklärt. Der Abzugs der Superphosphatabteilung nach 35 p.Ct. der Vorkriegshöhe. Eine Prüfung, ob die Anwendung Sparmaßnahmen und Verbesserungen rentabel wären, erzog ein negatives Resultat. Die Breslauer chemische Fabrik erforderte grössere Abschreibungen. Die Vera Fabrik A. S. in Norwegen, an 7 Mill. Kronen betragendem Aktienkapital die Gesellschaft zu beteiligen ist, schloss mit einem Verlust von 2 Mill. μ ab und bei stark angespannter Bilanz stillgelegt werden. Ebenso grosse Kredite an Konzerngesellschaften, insbesondere an die Chemische Fabrik G. m. b. H. in Worms die Abschreibungen notwendig. Von seiten eines Käufers wurden scharfe Angriffe gegen die Verwaltung gerichtet, die den rechtzeitigen Verkauf der Vorräte versäumt und durch optimistische Aussuerungen ein falsches Bild der Lage der Gesellschaft hervorgerufen habe. Insbesondere die Aufstellung der Bilanz für das Jahr 1924/25 zu beantworten, die an den Schließwerken, die mit 18 Mill. μ bewertet werden, sei an den früheren Aufsichtsratsvorsitzenden, Direktor e. viel zu billig verkauft worden, da die der Gesellschaft zugeführten Werte nur mit ca. 200 000 μ zu bezeichnen. Eine Antwort auf diese Angriffe wurde von der Verwaltung nicht erteilt. Zu Liquidatoren wurden der William Rasmussen und Direktor Georg Friedrich Niedergeliefert. Nachdem der alte Aufsichtsrat seine Amtszeit beendet hat, Dr. Hugo Fleischmann, Berlin, Dr. Rudolf Muth, Leipzig und Dr. Ernst Kuckuck, Berlin, in den neuen Aufsichtsrat gewählt. Das Anmeldefrist für den Umtausch der Chemischen Zeitz-Aktien auf Fahlberg-List-Aktien im Verhältnis von 10:1, die bereits aufgezogen waren, wird von den Banken um weitere 14 Tage verlängert, nach dem kleinen Teil der Aktionäre, die die Anmeldung noch vollzogen haben, den Umtausch zu ermöglichen.

Die Unterschlagungen des Bankiers Schroeder. Von der Direktion der Roggenrentenbank mitgeteilt und es sich bei der von einem Mittagsblatt gebrachten Meldung handelt, dass die Unterschlagungen von 3 Mill. μ zum Schaden deutscher Landwirte um eine bereits im September vor Jahren bekannt gewordene Säftelehre nicht zurückzuhalten konnten. Er ließ sich von den wahren Vollmachten ausstellen, dass die Auszahlungen der Darlehen, die dann meist zu weiten Zwecken missbraucht. U. a. wurden auch Darlehen der Berliner Roggenrentenbank im Werte von etwa 700 μ von ihm unterschlagen. In Hamburg, wo Schroeder falls einer gewisse Rolle spielte, soll er eine Villa besitzen, die Konkurrenzmasse für die geschädigten Landwirte in Frage kommt.

Union Minière du Haut Katanga, Brüssel. Die jährliche Versammlung der Aktionäre, die am 12. Juli in Brüssel stattfand, wiegte einstimmig den Rechnungsabschluss des Jahres 1925 und setzte, wie bereits am 15. Juli zu zahleende Dividende auf, die fest fest: Für die Fortsetzung 30 Francs (30), für die Stammaktien 175 Francs (18). Der Berichtserwähnt erwähnt, dass trotz des Rückgangs des Kupferpreises im Ergebnis des verlorenen Betriebssatzes ein günstigstellendes Ergebnis sei. Trotz der hohen Kupferproduktion waren die Erzreserven am Dezember 1925 höher als um die gleiche Zeit des Vorjahrs. Sie waren 76 892 943 (74 486 000) To. Die Produktion des ersten Halbjahrs ist hinter den entsprechenden Vorjahren leicht zurückgeblieben. Der Grund ist der Mangel an Arbeitskräften. Die Erzeugung der Kupfergruben der Gesellschaft im Monat Juni 1926 betrug 6750 To. gegen 8544 To. im Jahr 1925. Die Gesamtproduktion des ersten Halbjahrs von 1926 war 2 To. gegen 43 686 To. für die gleiche Zeit des Jahres 1925.

Die neuen Zulassungen zur Berliner Börse. Wie der jährliche Bericht verzeichnet, kann die Börsenhandel nun zugestellt werden. 5 Mill. μ (172,10 kg Feingold) Sproz. Goldanleihe i. 1926 der Staats-Pf. vom 10. Juli ab amtlich notiert werden. (Maklergruppe 9: Pützsch-Riesenfeld). Laut Beschluss der Zulassungsstelle sind auf Grund des ordnungsmässig bekannten zu machenden Kredits zum Börsenhandel zugelassen: 10 Mill. μ Sproz. 12% K.-Komunal-Obligationen, Emission 17. der Preußischen Pfandbrief-Bank in Berlin (Maklergruppe 11: Schwandt-Valentin) und 20 Mill. μ 7 prozent Gold-Hypotheken-Pfandbriefe der Preußischen Hypotheken-Pfandbrief-Bank, Berlin. (Maklergruppe Nr. 11: Schwandt-Valentin).

Aus der polnischen Kaliindustrie. In der kürzlich abgehaltenen Generalversammlung der polnischen Kali-Gesellschaft „Tesp“ wurde die Entwicklung der Gruben folgendes mitgeteilt: Während im Jahre 1914 die Gruben in Kalisz und Stebnik der polnischen Landwirtschaft 54 961 t an Kalidüngemittel lieferten, lieferten sie im Jahre 1925 eins 151 401 t an dieselbe, und deckten auf diese Weise $\frac{2}{3}$ des polnischen Bedarfs an Kalidüngemittel. Die polnische Land-

Nach vorwiegend weiter abgeschwächtem Beginn Kurserholungen am Effektenmarkt.

Verlauf bei zunehmender Geschäftsbelebung weiter fest.

Die heutige Börse eröffnete bei stillem Geschäft etwa auf der Basis der abgeschwächten Kurse der gestrigen Nachbörse und der Frankfurter Abendbörse. Die Geschäftstätigkeit hielt sich auch heute im allgemeinen Rahmen. Von den Montanwerten ermässigten sich Riebeck Montan um 4 p.Ct., Karo Hengscheid um 2 p.Ct., Köln-Neussern um 1½ p.Ct., Deutsch-Luxemburg um 1½ p.Ct., Bochumer um 1½ p.Ct., Buderus um 3 p.Ct. Andererseits setzten Mansfeld 1½ p.Ct., Phönix 3 p.Ct., Stolberger Zink 3 p.Ct. höher ein. Auch in den letzten Tagen stark gedrückt Bombericher Salzdetfurth ermittelten sich um 1½ p.Ct. Kaliwerke neigten zur Schwäche, Salzdetfurth ermässigte um 1½ p.Ct., Westerregen um ¾ p.Ct. Von chemischen Werten lagen I. G. Farbenindustrie und Dynamit Nobel gut behauptet, Andersorts verloren Th. Goldschmidt 2½ p.Ct., Oberkoks 1½ p.Ct., Ritterwerke 2 p.Ct. Von Elektrowerken lagen Accumulatoren (— ½ p.Ct.), Elektrische Licht u. Kraft 1½ p.Ct., 2½ p.Ct., Gesfuerl (— 2½ p.Ct.) und Schuckert (— 1½ p.Ct.) matt. Besser gehalten waren Siemens u. Halske (— ½ p.Ct.). A. E. G. konnten sogar einen Kursgewinn von 1 p.Ct. erzielen. Von Waggonwerken blieben Linkse u. Hofmann 1½ p.Ct. ein. Autowerke tendierten nicht einheitlich. Während Adlerwerke 2½ p.Ct. gewannen, waren Daimler 2½ p.Ct., N. A. G. 2 p.Ct. rückgängig. Von Maschinen- und Metallwerken besserten sich Voigt u. Häfner um 2 p.Ct. Dagegen schwächten sich Ludw. Löwe um 5½ p.Ct., C. Lorenz um 1½ p.Ct., Union Giesserei um 1½ p.Ct. Von Textilwerten ermässigten sich Hammerwerke um 2½ p.Ct. Von Norddeutsche Wolle um 1½ p.Ct., während Stöhr von sonstigen Werten noch Continentale Kaontek (— 3½ p.Ct.) zu erwähnen. Von Petroleumwerten gab Deutsche Erdöl um 2½ p.Ct. nach. Von Bahnen erfuhren Canada einen Verlust von 2½ p.Ct. Auch Schiffahrtswerte, mit Ausnahme von Deutsch-Australer (4½ p.Ct.), neigten zur Schwäche. Die Kursrückgänge betragen durchschnittlich 1½ p.Ct. Bankenaktien waren relativ widerstandsfähig. Nur B. E. W. (— 1½ p.Ct.) Barmer Bankverein (— 1 p.Ct.) und Bayerische Vereinsbank (— 1 p.Ct.) waren nennenswert rückgängig. Bank für Bauindustrie erhielten einen Kursfortschritt von 2 p.Ct.

Im Verlaufe änderte sich kurz nach den ersten Kurzen die Situation. Während zu den ersten Kurzen angeblich noch grössere holländische Tendenzen bestanden, so waren die Tendenzen nicht einheitlich, anfangs überwogen die Kursrückgänge, doch machte sich im weiteren Verlauf eine Tendenz zu den festen Haltung beobachtet. So waren von türkischen Werten Bagdad I zuerst 1½ p.Ct. abweichen. Es waren Bagdad II, nachdem sie vorübergehend 0,7 p.Ct. eingebüsst hatten, ½ p.Ct. schwächer. Türkosen waren im Verlaufe stark befestigt. Anatolien waren unter starken Schwankungen behauptet, dagegen blieben Mazedonien Goldanleihe ¾ p.Ct. ein, nachdem sie anfangs schon 1½ p.Ct. verloren hatten. Grösseres Interesse machte sich für ungarnische Rheindonau- und Neckar-Goldanleihe stärker gefragt. Hohenzollern-Aktien gaben ¾ p.Ct. nach. Kriegsanleihe war ziemlich behauptet bei allzu grossen Umsätzen. Einiges Interesse machte sich für 3½ p.Ct. Preussische Konsol beobachtet und 2½ p.Ct. Bayrische Staatsanleihe.

Am Markt der heimischen Renten bot das übliche Bild der Geschäftsstille. Goldpfandbriefe waren bei geringen Umsätzen meist gut behauptet. Dagegen tendierten Vorkriegspfandbriefe nicht einheitlich, doch waren überwiegend Kursrückgänge zu verzeichnen. Rentenbriefe lagen weiter stark im Angebot und mussten teilweise nach unten repatriert werden. Rheinstahl-Bonds verloren ½ p.Ct., dagegen waren Rheindonau- und Neckar-Goldanleihe stärker gefragt. Hohenzollern-Aktien gaben ¾ p.Ct. nach. Kriegsanleihe war ziemlich behauptet bei allzu grossen Umsätzen. Einiges Interesse machte sich für 3½ p.Ct. Preussische Konsol beobachtet und 2½ p.Ct. Bayrische Staatsanleihe.

Am Markt der Auslandsrenten war die Tendenz nicht einheitlich, anfangs überwogen die Kursrückgänge, doch machte sich im weiteren Verlauf eine Tendenz zu den festen Haltung beobachtet. So waren von türkischen Werten Bagdad I zuerst 1½ p.Ct. abweichen. Es waren Bagdad II, nachdem sie vorübergehend 0,7 p.Ct. eingebüsst hatten, ½ p.Ct. schwächer. Türkosen waren im Verlaufe stark befestigt. Anatolien waren unter starken Schwankungen behauptet, dagegen blieben Mazedonien Goldanleihe ¾ p.Ct. ein, nachdem sie anfangs schon 1½ p.Ct. verloren hatten. Grösseres Interesse machte sich für ungarnische Werte bemerkbar, besonders für die Ungarische Staatsrente von 1914, die ¾ p.Ct. gewann und für Ungarische Goldrente, die um ½ p.Ct. ansteigen konnte. Sehr schwach lagen ausländische Staatsanleihen, Lissabon verlor 1½ p.Ct., Sofia 1½ p.Ct. und Bukarester 1½ p.Ct.

Am Devisenmarkt war das Geschäft wie Sonnabends immer sehr klein. Die Francenvaluten waren leicht erholt. So wurde Paris gegen London mit 188 nach 200 gehandelt (gestern 206½); besonders stark gebessert war Brüssel, das gegen London mit 197 umgesetzt wurde gegen gestern 212. Man sieht diese Verbesserung auf günstige Beurteilung der belgischen Situation infolge der neu getroffenen Massnahmen zurück. Auch die Lira war gesenkt mit 143½ gegen Pfunde.

* Ostdevisen wurden heute von der halbmässigen Kommission wie folgt notiert: Auszahlungen: Bukarest 195 G., 197 B., Warschau 45,73 G., 45,97 B., Katowitz 45,68 G., 45,92 B., Posen 45,68 G., 45,92 B., Riga 80,70 G., 81,30 B., Notennoten: Grosse polnische Noten 45,37 G., 46,03 B., kleine polnische Noten 45,37 G., 46,03 B.

* Wechselkurse in Südamerika. (Telegramme der Deutschen Überseeschen Bank, Berlin, Buenos Aires, 16. Juli, London (Kabelzahlung) 103,00 = 1 lro. Doll., New-York (Kabelzahlung) 108,30 = 100 U. S. A.-Doll., Berlin (Kabelzahlung) 3,37 G. = 100 U. S. A.-Doll., Lima, 16. Juli, London (90 Tage Sicht) 283½ Pranc. New-York (Sicht) 3,75 U. S. A.-Doll. = 1 Lp. Montevideo, 16. Juli, New-York (Kabelzahlung) 99,20 U. S. A.-Doll., Rio de Janeiro, 16. Juli, London (Kabelzahlung) 71½ U. S. A.-Doll. = 1 Millreis, New-York (Kabelzahlung) 99,30 Reis = 1 U. S. A.-Doll., Valparaíso, 16. Juli, London (90 Tage Sicht) 89,70 m/c Doll. = 1 Pd. Stern, New-York (Sicht) 8,27 m/c Doll. = 1 U. S. A.-Doll.

Der Kurszettel nebst Devisentabelle befindet sich in der Beilage der Handelszeitung.

wirtschaft muss jedoch noch immer einen Teil der Kalidüngemittel aus Deutschland beziehen, so z. B. wurden im Jahre 1925 75 200 t aus Deutschland importiert, was einer an das Ausland abgegebenen Summe von 4 556 000 ZL gleichkommt. Aus diesem Grunde wurde auf der Hauptversammlung die Notwendigkeit des Baues neuer Schächte betont und der Überzeugung Ausdruck gegeben, dass die gegenwärtige Regierung, welche den Wiederaufbau der Landwirtschaft an die Spitze ihres Programms gestellt hat, als erste Bedingung für die Gesundung der Wirtschaft Polens nunmehr schon ohne weitere Verzögerung die Erhöhung der Produktion polnischer Kalidüngemittel in Erwägung ziehen wird, und zwar auf dem Wege der Erbauung neuer Schächte, so dass in zwei bis drei Jahren Polen nicht mehr wird deutsche Kalisalze einführen müssen. Es kann festgestellt werden, dass der Verbrauch auch in den östlichen Landesteilen ständig im Anwachsen begriffen ist. Hierzu trägt in hohem Grade die intensive Propaganda bei, welche von Seiten der Direktion mit Hilfe von Versuchstationen, Broschüren, Flugblättern und Plakaten geführt wird, und sogar den kleinen Landwirten über die Vorteile der Kalidüngung belehrt. Nach Annahme des Berichtes der Direktion und der Revisionskommission wurde beschlossen, aus dem Reingehalt eine Dividende von 10 p.Ct. zur Ausschüttung zu bringen. (Die Ausdehnungslinie der polnischen Kalidüngemittel sind an sich nicht neu, die Hauptabschwierigkeit lag aber bisher in der Finanzierung, über die in dem vorstehenden Bericht nichts gesagt wird. D. Red.)

* Steuerliche Auskunftserteilung an Aufwertungsstellen und Grundbuchbehörden. Für die Zwecke der Durchführung der Aufwertungsgesetze sind die Grundstückswerte in mehrfacher Beziehung von Bedeutung. Dies gilt sowohl für die Vorkriegswerte als auch für die gegenwärtigen. So ist z. B. nach § 7 Abs. 2 des Aufwertungsgesetzes die Rangstelle für den Eigentümer von der Höhe des berichteten Wehrbeitragswertes abhängig. Ferner ist der gegenwärtige Grundstückswert nach der Rechtsprechung in den Fällen der Individualaufwertung nach § 10 des Aufwertungsgesetzes (z. B. für die Aufwertung der persönlichen Forderung bei Restkaufghypotheken) von Bedeutung. Aus diesen Gründen sind die Aufwertungsstellen und Grundbuchbehörden vielfach an die Finanzämter mit dem Anfrage herangetreten, ihnen die Grundstückswerte mitzuteilen. Gegen die Erteilung derartiger Auskünfte bestehen seit dem 31. Dezember 1923 erheblich verschoben und zweitens sind die damaligen Vermögenssteuerwerte mit Rücksicht auf die kurz nach Beendigung der Inflation vorliegenden besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse zum Teil nach anderen Massstäben ermittelt, als sie im freien Grundstücksverkehr bei normalen wirtschaftlichen Verhältnissen gewöhnlich bestimmt sind.

Die Frage, welcher Wert auf Anfrage mitzuteilen ist, bestimmt sich nach dem Auskunftsversuch. Es dürfen nur unfaire Wertesatzungen festgestellte Werte mitgeteilt werden.

Besondere Wertermittlungen aus Anlass einer Anfrage nehmen die Finanzämter nicht mehr vor. Der Minister hat angeordnet,

dass den Aufwertungsstellen und Grundbuchbehörden im Rahmen der vorstehenden Ausführungen Auskunft zu erteilen ist. Das gilt auch für Anfragen der mit Aufwertungsstreitigkeiten befassten Rechtsmittelbehörden. Anderen Anfragen, z. B. den Hypothekengläubigern und den Gerichten bei Entscheidung über Zivilstreitigkeiten ist die Auskunft nur bei Zustimmung des Grundstückseigentümers zu erteilen.

* Die bevorstehende volle Valorisierung der polnischen Zölle. — Die Auswirkungen auf den deutschen Handelsvertrag. Unser polnischer Dr. F. S. Wirtschaftskorrespondent schreibt uns: Die Frage der Valorisierung der Zölle beschäftigt bekanntlich seit langer Zeit die polnischen Industriellen, Banken, Landwirtschafts- und Kaufmannskreise. Infolge der durch die fast 100prozent Zollentwertung bewirkten niedrigen Zollsätze nimmt die Einfuhr aus dem Auslande immer mehr zu und droht die aktive polnische Handelsbilanz ungünstig zu beeinflussen. Daher halten polnische Wirtschaftskreise eine Erhöhung der niedrigen Zollsätze für unbedingt notwendig. Da aber eine Aufwertung der Zölle zu Konflikten mit den benachbarten Staaten infolge der bestehenden Handelsverträge führen und schliesslich das Zustandekommen des deutsch-polnischen Handelsvertrages gefährdet könnte, hat man den Ausweg gewählt, die Zölle nicht direkt zu erhöhen, sondern aufzuwerten, d. h. der Zolltarif wird in Dollarwährung umgerechnet. Das Ministerium hat sich in den letzten Tagen an das Zollkomitee mit der Bitte um eine 100prozent Erhöhung der Zollsätze gewendet, welche in drei Raten in je zwölf Monaten zu zerlegen wären, so dass im Laufe von sechs Monaten eine Umrechnung der Zollgebühren in Goldzölle platziert werden würde.

Herabsetzung der Kohlenpreise in Ostoberschlesien. Unser wird geschrieben: Der Konflikt zwischen der Regierung und den ostoberschlesischen Kohlenindustriellen in der Angelegenheit der Kohlenpreisreihung ist beigelegt. Die Industrie hat nach gründlicher Revision der Produktionskosten, der Eisenbahntarife u. a. m. schliesslich zu einer Herabsetzung der letzteren erfolgten. Erhöhung der Kohlenpreise entschlossen. Die Reduzierung der Preisobergrenze von 17½ p.Ct. geschieht in nachfolgender Weise: Für Industriekohle wird die Preisreihung auf 7½ p.Ct. für Konsumkohle auf 12 p.Ct. herabgesetzt.

Herabsetzung der Zinssätze bei den polnischen staatlichen Banken. Die Herabsetzung der Zinssätze bei den 1. Juli ab durchgeführt werden ist, wird bei Passivoperationen erst vom 1. August ab Platz greifen. Bei der Landwirtschaftsbank sind die Zinsen für gewöhnliche Darlehen auf 14 p.Ct., für Vorsitzdarlehen auf 12 p.Ct. p. a. festgesetzt worden; bei Passivoperationen wird die Verzinsung zwischen 8 und 10 p.Ct. schwanken. Die Postsparkasse hat den Zinssatz für gewöhnliche Darlehen gegen Sicherheiten auf 10 p.Ct., für Vorsitzdarlehen gegen Sicherheiten auf 10 p.Ct. (bisher 18 p.Ct. bzw. 12 p.Ct.) ermässigt; bei Lombarddarlehen ist der Zinssatz von 18 auf 15 p.Ct. netto herabgesetzt worden, mit Ausnahme von Darlehen gegen Aktien der Bank Polski, für die der Zinssatz 12 p.Ct. netto beträgt. Bei Passivoperationen (Sparinlagen und der gleichen) wird der Zinssatz von 9 auf 7 p.Ct. ermässigt werden. Die Agrarbank hat den Zinssatz für Darlehen auf 10 bis 14 p.Ct. p. a. die Verzinsung von Scheckkonten und Sparinlagen auf 7 p.Ct. (bisher 9 p.Ct.), die von befristeten Einlagen auf 9 p.Ct. (bisher 12 p.Ct.) festgesetzt.

